Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Freitag, 20. Januar 1922 Nummer 33 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die gedrängtspaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.25 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.50 M. zeilig pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die französische Regierungserklärung

Schroffe Haltung gegen Deutschland

Poincaré erklärte in der Kammer:

Eine schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu entstellen. Man schildert uns in einer Weise, als seien wir von einer Art imperialistischer Tollheit besessen. Man beschuldigt uns, im geheimen verdächtige Absichten zu hegen, als ob uns der Krieg nicht genug Trauer gebracht und nicht genug Opfer gekostet hätte, und als ob wir nicht teurer als alle anderen den Frieden erkauft hätten, den wir sichern wollen.

Wir fordern Einhaltung der Verträge,

die das Parlament angenommen hat, der Verträge, die an der Seite der Unterschrift Deutschlands, die Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Wir fordern nur die Zahlung dessen, was man uns schuldet. Wie könnte Frankreich in dieser lebenswichtigen Frage nachgeben? Deutschland behauptet, es sei zahlungsunfähig. **Im Gegenteil, es verschleudert systematisch seine staatlichen Mittel.** Es zahlt weniger Steuern als Frankreich **und erhält seine Steuerbeträge regelmäßiger.** Es macht unbegründete Ausgaben und gibt Papiergeld aus, das den Wert seines Geldes verringert und seine Ausfuhr fördert. Es sieht darauf, daß die Großindustriellen ihre ausländischen Zahlungsmittel in ausländischen Unternehmungen anlegen. Während es aber dieses scheinbare Elend organisiert, verteilen seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umfange, nimmt seine wirtschaftliche Stärke jeden Tag zu, und wenn sich der Staat ruiniert, so bereichert sich doch die Nation. Nun ist es aber die ganze Nation, die mit ihrem Kapital und Einkommen Bürge der Staatsschuld ist, und im Namen der Nation wurde der Vertrag von Versailles, der von der Reparationskommission aufgestellte Zahlungsplan und die im Mai 1921 aufgestellte Gesamtforderung der Alliierten angenommen. Frankreich verteidigt nur die internationalen Abkommen, und es gehorcht weder einem Gefühl des Hasses und der Rachsucht noch den Einflüsterungen des Egoismus. Es hat den lebhaften Wunsch, die Welt sobald wie möglich aus dem schmerzlichen Unbehagen herauskommen zu sehen, das auf ihr lastet.

Die Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die grundlegende Bedingung für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau **die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete** in den beiden Ländern ist, die zuerst von den Deutschen angegriffen wurden, die in der Not untrennbar waren, und die diese Not untrennbar verband, nämlich Belgien und Frankreich. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert eine Wiederherstellung, sondern das allgemeine Weltinteresse. Wenn Frankreich und Belgien zum Ruin verurteilt werden, so würde das den unvermeidlichen Mißerfolg aller weiteren Versuche bedeuten. Das Problem der Reparationen beherrscht daher alle andern, **und wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach der Ansicht der Reparationskommission zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen haben, und die erste wird sich — ohne vorzugreifen — auf**

Pfänder und Garantien

beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, auf die Einrichtung einer wirksamen und ernstlichen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Ausfuhr Deutschlands.

So wichtig auch diese Angelegenheit für Frankreich ist, so darf sie uns doch die anderen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht vergessen lassen, wie die Abrüstung und die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Solange diese nicht ausgeführt sind, werden wir nicht nur vollkommen berechtigt sein, die Sanktionen, die ergriffen wurden, beizubehalten und weitere zu ergreifen, sondern wir werden auch ermächtigt sein, zu erklären,

daß die Räumungsfristen für das linke Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen haben.

Das ist die Auffassung, welche die französische Regierung immer vertrat. Mehr als je ist es wichtig, sie beizubehalten. In diesen verschiedenen Fragen und in allen denen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir uns loyal verhalten und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheiten wieder aufnehmen, die vorübergehend Mißverständnisse hervorgerufen haben, und wir werden uns bemühen, diese unverzüglich beizulegen. Eine wirksame Garantie für den Frieden ist das Bestehen von Abkommen zwischen den Völkern, welche durch die Gemeinsamkeit der Interessen geboten sind, wie der Kleinen Entente, deren Geburt Frankreich freudig begrüßt und deren Fortschritte es mit voller Sympathie verfolgt.

Die Regierung wird es sich zur Ehre anrechnen, ihre tätige Mitwirkung bei dem Völkerbunde fortzusetzen. Die Ergebnisse, die er schon erzielt hat, lassen ermessen, was die Welt mit Recht von ihm erwarten kann. Die Einladung zur Konferenz von Genua wurde von den Alliierten versandt. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Cannes festgelegten Bedingungen von den Delegierten vor jeder andern Debatte angenommen oder abgelehnt werden und daß keine Bestimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen werde. **Wenn wir in dieser Hinsicht keine sichere Bürgschaft erhalten, so würden wir gezwungen sein,**

uns volle Handlungsfreiheit vorzubehalten.

Wir werden uns sehr glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Festigung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß es in beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, da es beiden Ländern nützen soll. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen ohne Einschränkung die gegenwärtigen und künftigen Garantien beibehält, wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir werden uns gleichzeitig mit Italien und England zu verständigen haben, um zu versuchen, im Orient die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechen und Türken zu verhindern, um im Einverständnis mit unseren Verbündeten Nutzen aus dem Abkommen von Angora zu ziehen und endlich wieder Ruhe an den Türen Europas zu schaffen. Wir können auf diese Art unser Mandat in Syrien freier und ohne zu große Ausgaben ausüben und das Wohl der Bevölkerung, die Frankreich jederzeit freundlich gesinnt war, fördern.

Wir stehen nicht an, hinzuzusetzen, daß wir die freundschaftlichen Beziehungen zu allen anderen Völkern pflegen, die an unserer Seite für das Recht der Menschheit kämpften, besonders zu den Vereinigten Staaten, deren Mitwirkung so viel zu dem gemeinsamen Siege beitrug und die jetzt auf der Konferenz von Washington einen so deutlichen Beweis ihrer edlen Gesinnung gegeben haben. Gegen alle unsere Verbündeten werden wir dauernd bemüht sein, die Sprache der Mäßigung, Offenheit und Freundschaft zu führen, und wir wissen, daß diese sich niemals daran stoßen werden, daß wir höflich aber entschlossen die Interessen Frankreichs vertreten, wie sie ihre eigenen vertreten. Bei der Arbeit an diesem nationalen Werke können wir nur mit der Unterstützung der Kammern Erfolg haben. Wir fordern alle diejenigen unter Ihnen, die sich des Ernstes der Stunde bewußt sind, auf, in der Achtung vor den Gesetzen der Republik und zur Wahrung der Rechte Frankreichs zusammenzustehen.

*

Die Erklärung des Ministeriums Poincaré ist in den Teilen, die sich mit Deutschland beschäftigen, in sehr schroffem Ton gehalten. Poincaré wiederholt all die Anklagen gegen Deutschland, die der „Block National“ so gerne hört. Wenn Poincaré in erster Linie die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete in Frankreich und Belgien fordert, so haben wir immer betont, daß diese Wiederherstellung auch unserer Meinung nach notwendig und unerläßlich ist. Aber wir meinen, daß dieses Ziel am schnellsten durch vernünftige und ausführbare wirtschaftliche Vereinbarungen erreicht werden kann, während sie durch neue Gewaltpolitik zum Unheil für beide Länder nur verzögert würden. Auch die drohende Sprache Poincarés ist gegenüber der gegenwärtigen auswärtigen Politik der Regierung Wirth nicht angebracht. Die Ordnung unserer Finanzen und die Einstellung der Notenausgabe sind sicher notwendig. Es ist Pflicht der Regierung, jetzt endlich dafür zu sorgen, daß den Anklagen der Boden entzogen wird. Wenn aber Poincaré wieder die Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher aufrollt, wenn er von neuen Sanktionen spricht und von einer Verlängerung der Besetzung des Rheinufers, so läßt das alles die notwendige Einsicht in das, was nottut, nur allzu sehr vermissen. Nicht mit Sanktionen, sondern nur mit Wirtschaftsverträgen ist der Wiederaufbau, sind die Reparationsleistungen zu bewerkstelligen.

An dem, was die Regierungserklärung über den englisch-französischen Garantievertrag und die Wirtschaftskonferenz in Genua sagt, ist zu merken, daß der neue Ministerpräsident einerseits durch die bereits in Cannes vorgenommene Einberufung der Konferenz und andererseits durch die Besprechung mit Lloyd George gebunden ist. Im übrigen wird man abwarten müssen, welche konkreten Handlungen auf die allgemeinen programmatischen Erklärungen folgen werden. Auch Herr Poincaré wird sich dem Zwange der ökonomischen Verhältnisse auf die Dauer fügen oder Einsichtigeren den Platz räumen müssen.

Die Kammerdebatte

Paris, 19. Januar.

In der heutigen Kammersitzung, die seitens des Publikums stark besucht war, verlas Ministerpräsident Poincaré die bereits gemeldete ministerielle Erklärung. Als er die Kammertribüne bestieg, **wurde er vom Protest der Sozialisten des ganzen Hauses bis weit in die bürgerliche Mitte hinein empfangen.** Die Erklärung wurde aufmerksam angehört. Fast einmütig wurden die Stellen der Erklärung beklatscht, die von der Reparation sprachen, auch die Verwahrung gegen eine schamlose Propaganda rief Beifall hervor und ferner die Stelle, **daß das gesamte deutsche Volk für die Staatsschuld hafte.** Auch soll nach dem Havasbericht die Stelle mit Begeisterung aufgenommen worden sein, die von den Besetzungsfristen des linken Rheinufers spricht. Die Stelle der Rede, die sich mit der Konferenz von Genua beschäftigt, rief den Protest der Sozialisten hervor.

In der auf die Rede folgenden Interpellationsdebatte erklärte der Sozialist **Alexandre Varenne**, Poincaré habe mit der Tradition gebrochen, daß ein ehemaliger Präsident der Republik sich in das Privatleben zurückziehe. Er sei in die Schlacht zurückgekehrt, aber nach Ansicht der Sozialisten von der falschen Seite und deshalb seien sie seine entschlossenen Gegner. Die Uebernahme der Regierung habe in der Kammer große Erregung geschaffen. (Zuruf aus der Rechten und aus der Mitte: In Deutschland!) An Stelle eines Ministeriums der nationalen Union habe Poincaré **ein Ministerium des nationalen Blocks geschaffen, er habe das Ministerium Briand ohne Briand gebildet.** Sollten sich die Mitarbeiter Briands zu Poincarés Politik bekehrt haben? Dann hätte man unrecht getan, das Ministerium Briand zu stürzen. Poincaré weiche von seinem Vorgänger wesentlich ab in bezug auf die Anwendung des Friedensvertrages von Versailles und in bezug auf den Obersten Rat. **Die internationalen Konferenzen bedeuteten einen wesentlichen Fortschritt.** Es bedeute eine ungeheure Gefahr, darauf zu verzichten. Die Verträge, die Frankreich abgeschlossen habe, müßten besonnen diskutiert werden. Der Friedensvertrag **von Versailles sei nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden, sondern zwischen den Alliierten und Deutschland.** Wenn die Alliierten Frankreich nicht in der Politik des Zwanges folgten, was werde Frankreich tun? Werde es allein vorgehen? Entweder werde sich Deutschland widersetzen, oder es werde sich beugen. Im ersten Falle werde die französische Regierung die Alliierten nicht auf ihrer Seite haben. Die andere Politik habe den Vorteil, daß die Alliierten mit Frankreich gehen würden, **während die Politik von Poincaré zur Isolierung führe.** Varenne fordert schließlich Aufklärung über die Abkommen von Wiesbaden und Cannes. Er wünscht zu wissen, ob die Konferenz von Cannes unterbrochen worden sei, weil die Regierung durch eine Depesche gestürzt worden sei. Seien Vorteile als Kompensation für das Moratorium erzielt worden? Es sei niemand in der Kammer, der die Notwendigkeit in Frage stelle, daß Frankreich Reparationen verlangen müsse, auf die es ein Anrecht habe. **Die sozialistische Politik der Reparationen habe im Vergleich zur Politik Poincarés den Vorteil, daß sie schon die Zustimmung eines Teils der öffentlichen Meinung in Deutschland gefunden habe.**

Einige meiner Freunde bereisen zur Zeit Deutschland und werden von der Volksmenge freundlich begrüßt. Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht den Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland entmutigen, der repatrieren will. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß, wenn Sie alle anderen Lösungen versucht haben, Sie früher oder später, ich glaube, zu spät, zu den Lösungen zurückkehren werden, die praktische Menschen allein für realisierbar halten, nämlich, daß Deutschland bezahlen muß, was es mit Geld bezahlen kann und was nach internationalem Urteil die mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird, die Konferenz von Genua beschließen will. Ich frage: Gehen Sie nach Genua? Ich nehme nicht an, daß Sie die Politik betreiben wollen, um derentwillen gewisse Leute Sie haben mit Vergnügen kommen sehen. Ich glaube, daß Sie gezwungenermaßen Seite an Seite mit England und Amerika marschieren werden. (Ministerpräsident Poincaré nickt zustimmend mit dem Kopfe.) Varenne fährt fort: Sie werden das Ruhrgebiet nicht besetzen und viel früher nach Genua als nach Berlin gehen. Sie werden dieselbe Politik wie Ihr Vorgänger **Briand betreiben,** vielleicht mit etwas mehr Steifheit. (Leon Daudet ruft: Und mit weniger Lügen! — Er wird zur Ordnung gerufen.)

Der Kommunist **Marcel Cachin** sprach darauf von der Konferenz von Genua. Frankreich werde hingehen und dort Sowjetrußland antreffen. Die Vertreter Rußlands werden mit am Konferenztisch sitzen und mit den andern Völkern auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren. Frankreich werde nicht lange imstande sein, ein Heer und eine Marine zu unterhalten, die seine Kräfte übersteigen. Poincarés Rückkehr zur Regierung habe große Erregung im Lande hervorgerufen. Cachin erinnert an die Politik, die Poincaré im Jahre 1914 getrieben habe und an die Briefe, die Iswolski an Ssasonow gerichtet habe. Ministerpräsident Poincaré erwidert: Ich setze diesen Briefen das formellste Dementi entgegen. **Ich habe sie niemals gesehen, sie existieren nicht.** Abg. Cachin erwidert: Wenden Sie sich an Iswolski! (Mehrere Abgeordnete rufen: Der ist tot!)

Ministerpräsident Poincaré erklärt: Ich bedauere, daß auf der Kammertribüne Behauptungen aufgestellt werden, die nicht mehr dementiert werden können. Diese Briefe existieren nicht, und wenn sie existieren, dann sind sie falsch. Uebrigens wird die Kammer bald ein Gelbbuch über alle Ereignisse auf dem Balkan erhalten.

Abg. Cachin fährt fort: Wir glauben an Gelbbücher nicht mehr. Poincaré erwidert: Ich autorisiere Sie, selbst die Depeschen durchzustudieren, die sich am Quai d'Orsay befinden. Cachin beendet seine Rede mit der Erklärung, daß Proletariat sei gegen jede **Politik die wieder zum Kriege führen könne.**

Die Radikalen und das Kabinett Poincaré

Paris, 19. Januar.

In der gestrigen Sitzung des ausführenden Ausschusses der sozialistisch-radikalen und der radikalen Partei kam es zu scharfen Auseinandersetzungen darüber, **welche Haltung gegenüber dem Ministerium Poincaré und gegenüber den Mitgliedern der Partei, die Ministerportefeuilles übernommen haben, eingenommen werden solle.** Von zwei Mitgliedern der Kammerfraktion, Sarraut und Lafont, wurden Bürgschaften verlangt. Was Minister Strauß anbetrifft, so soll erst nachgeprüft werden, ob er von der radikalen Partei des Seinedepartements abhängt. Auf Veranlassung des Vorsitzenden Herriot wurde schließlich die Entscheidung über diese Frage aufgeschoben. Eine weitere scharfe Erörterung entspann sich, als der ehemalige Deputierte Le Foyer verlangte, **dem Kabinett Poincaré das Vertrauen zu verweigern.** Der Abgeordnete Israel forderte freie Hand für die Gewählten, die im übrigen schon beschlossen hätten, sich der Abstimmung zu enthalten. Die Versammlung ging in großer Erregung auseinander, da der Verabschiedung der bereits gemeldeten Tagesordnung große Schwierigkeiten entgegenstanden.

Wir und die Regierung Wirth

Von Wilhelm Dittmann

Die Stellungnahme unseres Leipziger Parteitages zur Koalitionspolitik erregt, wie zu erwarten, das Mißfallen unserer Freunde in der rechtssozialistischen Partei. Sie suchen sich damit zu trösten, daß unsere politische Praxis ja „verständiger" sei als unsere Leipziger Stellungnahme zur Koalitionsfrage. So meint Genosse Löbe in einem Artikel in der Breslauer „Volkswacht":

„Die Unabhängigen haben, wie schon mehrfach hervorgehoben, die jetzige Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten mit ihrem Vertrauen gestützt, haben im November unser Verbleiben in der Koalition verlangt und sind noch heute gegen unser Ausscheiden aus der Koalition."

Daraus will Genosse Löbe eine Billigung und Unterstützung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik durch unsere Partei herleiten. Das ist eine durchaus falsche Argumentation. Durch sie wird der Eindruck erweckt, als wenn unsere Partei sich in geistiger Abhängigkeit befände von den Koalitionsparteien und deren Politik Gefolgschaft leiste. In Wirklichkeit liegen die Dinge geradezu umgekehrt. Nicht die U. S. P. D. hat sich zur Politik der Koalitionsparteien, sondern die Koalitionsparteien haben sich zur Politik der U. S. P. D. bekehrt! Die Politik des loyalen Erfüllungsversuchs ist nicht eine „Politik Wirth", sondern eine „Politik Haase"!

Wie schnell vergißt doch unsere Zeit! Als der Versailler Gewaltfrieden im Mai 1919 der Nationalversammlung unterbreitet wurde, da überschlugen sich in nationalistischen Leitstänzen sowohl die Redner aller bürgerlichen Parteien, als auch die der Rechtssozialisten, nur der Redner unserer Partei, unser gemordeter Hugo Haase, trat für eine Politik der Vernunft und des loyalen Erfüllungsversuchs ein. Der Ministerpräsident Scheidemann rief pathetisch aus: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns solche Fesseln legt? Dieser Vertrag ist unannehmbar!" Sein preußischer Kollege, Ministerpräsident Paul Hirsch, deklamierte den alten Friesenschwur: „Lieber tot als Sklav'!" Hermann Müller als Minister des Auswärtigen erklärte den Vertrag für unerträglich, unerfüllbar und unannehmbar. Gröber für das Zentrum, Haußmann und Quidde für die Demokraten, Stresemann für die Deutsche Volkspartei und Posadowsky für die Deutschnationalen bliesen in dasselbe nationalistische Horn. Nur die U. S. P. D. zeigte den Blick für die geschichtliche Notwendigkeit. Genosse Haase erklärte für unsere Partei:

„Die Friedensbedingungen stehen im schroffsten Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und ich während der ganzen Kriegsdauer für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben deshalb gegen sie den schärfsten Protest ... Unsere Aufgabe muß es sein, bei aller Erwägung über den uns zugemuteten Frieden törichte und sinnlose Taten zu verhüten, die das Volk noch tiefer in das Verderben hineinstoßen ...."

Diese Stellungnahme trug der U. S. P. D. eine wütende Bekämpfung durch alle übrigen Parteien, einschließlich der rechtssozialistischen, ein. Uns wurde unterstellt, daß wir die Geschäfte der Entente besorgten. Unsere Partei rief die Massen auf den Plan und zeigte dadurch — besonders durch ihre Riesendemonstration im Berliner Lustgarten —, daß die nationalistische Front der „Unannehmbar"-Schreier nicht die Volksmehrheit hinter sich hatte. Als dann die Entente mit militärischer Gewalt drohte, waren die Koalitionsparteien der Nationalversammlung schließlich heilfroh, daß sie sich auf eine von Haase entworfene Formulierung zurückziehen konnten, in der das bedingungslose Einverständnis mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen wurde. So belehrten sich die Koalitionsparteien 1919 unter dem Zwang der Ententebajonette im letzten Augenblick zu der von der U. S. P. D. von vornherein als einzig möglich bezeichneten Politik des loyalen Versuchs einer Erfüllung des Gewaltfriedens.

Als diese Politik dann unter dem Kabinett Fehrenbach offen sabotiert wurde, verhängte die Entente im Mai 1921 das Londoner Ultimatum. Da war es doch eine selbstverständliche Konsequenz ihres Verhaltens beim Friedensvertrage, daß die U. S. P. D. nunmehr das neugebildete Kabinett Wirth unterstützte, das als sein Programm unsere Politik des Erfüllungsversuchs aufstellte. Damit sprach unsere Partei aber keineswegs ihre Billigung aus über die rechtssozialistische Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten. Wir hatten im Gegenteil von den Rechtssozialisten eine reinsozialistische Regierung mit Hinzuziehung der Gewerkschaften gefordert. Unsere Unterstützung galt also nicht der Regierungsform — der Koalition —, sondern dem Riegierungsprogramm — der Politik des Erfüllungsversuchs — unserer eigenen Forderung! Das sollte doch auch Genosse Löbe nicht verwechseln. Verläßt die Regierungskoalition das Programm, das sie von uns übernommen hat, so haben wir gar kein Interesse mehr, diese Regierung oder gar die Koalition zu erhalten. Uns kommt es vor allem auf die Sache an, auf die Politik, die getrieben wird, auf die Regierungszusammensetzung und auf die Personen in der Regierung erst in zweiter Linie.

In meiner Leipziger Rede, auf die Genosse Löbe Bezug nimmt, habe ich darauf hingewiesen, daß die Haltung, die wir jetzt der Regierung Wirth gegenüber einnehmen, nichts Neues ist in der Taktik des deutschen Sozialismus. Ich habe in Leipzig daran erinnert, daß unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1892 bereits die Sozialdemokratie dem Caprivischen Handelsvertrag mit Rußland, der eine Ermäßigung der Getreidezölle von 5 auf 3 Mark brachte, durch ihre Stimmen zur Annahme verhalf, daß sich solche Situationen später dutzendfach wiederholt haben, ohne daß damit die oppositionelle Grundeinstellung der Partei gegenüber der Regierung irgendwie verändert worden wäre. Genau so steht es auch jetzt mit dem Verhältnis der U. S. P. D. zur Koalitionsregierung Wirth.

Warten wir ab! Auf Grund einer Notiz des 8-Uhr-Abendblatts, wonach eine Anzahl schlesischer Adliger das Freikorps Oberland und die Mordorganisation dieses Freikorps mit Geldmitteln unterstützt haben sollen, hat nunmehr der Oberstaatsanwalt gegen den Grafen Praschma, den Grafen Sierstorpf und die Gräfin Saurmazolisch ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Warten wir ab, ob bei diesem „Ermittlungsverfahren" etwas herauskommt. Die bisherigen Leistungen der deutschen Justiz auf diesem Gebiet, soweit es sich um nationalistische Elemente handelt, sind nicht gerade ermutigend.

181,9 Milliarden Fehlbetrag im Reich

Die Etatberatung im Reichsrat

Im Reichsrat wurde am Donnerstag ein vierter Nachtragsetat für 1921 angenommen. Er ist notwendig geworden, insbesondere durch die Abmachungen der Reichsregierung mit den in Betracht kommenden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Beamten über Erhöhungen der Löhne und Teuerungszuschläge. Die dadurch erwachsenden Mehrausgaben betragen etwas über eine halbe Milliarde.

Der **Etat des Auswärtigen Amts** für 1922 schließt ab mit 161 Millionen Mark Einnahme und 529 Millionen Mark Ausgaben. Der **Etat des Ministeriums des Innern** für 1922 fordert insgesamt etwa eine Milliarde Mehrausgaben. Auch hier machte der Reichsrat Abstriche bei einzelnen Beamtenstellen. Bei der Beratung des **Etats des Reichsschatzministeriums** teilte der Berichterstatter, Ministerialdirektor Sachs, mit, daß die Ausschüsse beschlossen hätten, die Ausgaben für diesen Etat nur noch auf ein halbes Jahr zu bewilligen und ausdrücklich den Etat mit der Ueberschrift zu versehen: „Am 1. Oktober 1922 fortfallend". Der Ausgabenkreis des Schatzministeriums habe sich stetig vermindert. Die dem Ministerium verbliebenen Angelegenheiten könnten einer dem Reichsfinanzministerium zu unterstellenden Behörde übertragen werden.

Der **Etat des Verkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen**, wurde ohne Erörterung angenommen. Zum Etat des

Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

hob der Berichterstatter hervor, daß auch hier die Ausschüsse geprüft hätten, ob es überhaupt noch zu rechtfertigen sei, Mittel für ein solches selbständiges Ressort auszuwerfen. Die Ausschüsse hätten schließlich mit neun gegen acht Stimmen beschlossen, dem Reichsrat zu empfehlen, die Mittel für den Personalbedarf des Ministeriums nur noch bis zum 1. Oktober 1922 zu bewilligen. Zugleich haben die Ausschüsse erhebliche Personalabstriche vorgenommen und bei den unteren und mittleren Beamten eine ganze Anzahl von Stellen als künftig wegfallend bezeichnet.

Der bayerische Gesandte v. Preyer beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der Abbau des Ministeriums sei für jetzt noch verfrüht. Staatssekretär Huber ersuchte namens der Reichsregierung, dem Beschluß der Ausschüsse keine Folge zu geben, ebenso erklärte er die Abstriche im Personaletat für bedenklich, namentlich mit Rücksicht auf die Stimmung der mittleren und höheren Beamtenschaft (!!!) Wenn eine so große Anzahl von Stellen künftig wegfallen solle, würde die Anstellungs- und Beförderungsfrist unter Umständen um acht bis zehn Jahre hinausgeschoben werden. Auch die Vertreter Sachsens, Oldenburgs, Mecklenburg-Schwerins, Braunschweigs und Hamburgs wandten sich namens ihrer Regierungen gegen den Abbau des Landwirtschaftsministeriums. Der bayerische Antrag wurde mit 45 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Ausschuß-Beschluß ist damit beseitigt.

Der

Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung

weist für 1922 eine Einnahme aus Steuern, Zöllen usw. von 97 Milliarden 428 Millionen, also ein Mehr von 44,7 Milliarden gegenüber 1921, auf, wovon auf die Verkehrssteuern 30,2 Milliarden entfallen. In dieser Summe sind die aus den neuen Steuervorlagen erhofften Summen mit enthalten; da der Reichstag bereits eine Aenderung der Vorlagen vorgenommen hat, die eine Minderung um 10 Milliarden ergeben, und es nicht feststeht, ob noch weitere Aenderungen vorgenommen werden, so ist diesem Voranschlage eine endgültige Geltung nicht beizumessen. Für eine allgemeine Reichsfinanzstatistik, die möglichst bald durchgeführt werden soll, ist ein Betrag von 10 Millionen Mark vorgesehen.

Der Reichsrat stimmte dann dem **Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages** zu. Der Haushalt erfordert einen Gesamtzuschuß von 187,5 Milliarden Mark. Zur Tilgung der Reparationen sind 135 Milliarden erforderlich. Die Ausgaben für interalliierte Kommissionen sind mit 1,8 Milliarden eingesetzt.

Zum Schluß stimmte der Reichsrat dem **Haushaltungsgesetz und dem Reichshaushaltsplane** nach den Vorschlägen des Ausschusses zu. An Reparationszahlungen im engeren Sinne sind jährlich drei Milliarden Goldmark zu leisten. Der ordentliche Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung ergibt einen Ueberschuß von 18 Milliarden Mark, die zur Entlastung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden sollen. Der außerordentliche Etat weist einen Anleihebedarf von 3,1 Milliarden Mark auf; **Beträge zur Verbilligung von Lebensmitteln sind in den Haushaltsplan für 1922 nicht eingestellt.** Der ordentliche Haushalt der Eisenbahn- und Postverwaltung **ist ins Gleichgewicht** gebracht. Die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts hängt davon ab, ob infolge der Tariferhöhungen ein Verkehrsrückgang eintreten wird und weitere Lohnerhöhungen notwendig werden. Der außerordentliche Etat der Reichspostverwaltung weist einen Anleihebedarf von 2,4 Milliarden, die Reichseisenbahnverwaltung einen solchen von 6,7 Milliarden Mark auf. **Der Gesamtfehlbetrag des Haushaltsentwurfs für 1922 beläuft sich auf 181,9 Milliarden gegen 162 Milliarden für 1921.**

Steuerfrage und politische Situation

Die Reichstagsfraktion der S. P. D. hat gestern mittag ihre Beratungen über die Steuerfrage zu Ende geführt. Es sollen nunmehr Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Rechtssozialisten stattfinden.

Im Laufe des heutigen Nachmittags fand auf Veranlassung des A. D. G. B. eine Besprechung zwischen diesem, der AfA und den beiden sozialistischen Parteien statt, in der die Vertreter der S. P. D. die Stellung ihrer Fraktion darlegten. Sie betonten insbesondere, daß bisher ein Steuerkompromiß mit dem Zentrum nicht zustande gekommen sei und mit anderen Parteien keine Verhandlungen stattgefunden hätten.

Unsere Vertreter nahmen diese Mitteilungen zur Kenntnis und erklärten, daß sie diese einer baldigst einzuberufenden Fraktionssitzung vorlegen würden.

Das Unglück auf Zeche Mont Cenis

Ein Verschleierungsversuch der Werksleitung

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Bekanntlich versuchte die reaktionäre Presse, den toten Bergarbeitern von Mont-Cenis die Schuld an der Explosionsursache in die Schuhe zu schieben. Der Bergarbeiter-Verband hat diese Lüge gründlich zerstört. Sein Organ, die „Bergarbeiter-Zeitung", erbrachte den Beweis, daß **die Betriebsleitung die Schuldige sei**, weil diese einen Bergmann zum Schießhauer ernannte, welcher nicht deutsch lesen und schreiben konnte. Die Direktion von Mont-Cenis schickt nun der Redaktion der Bergarbeiter-Zeitung eine Berichtigung zu, in welcher gesagt wird:

„Frühere Arbeitskameraden von ihm (dem Schießhauer Paulin), von der Zeche Teutoburgia geben die eidesstattliche Versicherung, daß Paulin schon im Jahre 1912 und 1913 sein Schießbuch stets selbst geführt hat, in der Grube die Zeitung gelesen und seinen Kameraden Mitteilungen auf die Gezähekiste geschrieben hat oder ihm aufgeschriebene Mitteilungen gelesen hat."

Dieses ist ein Verschleierungsversuch der Direktion von Mont-Cenis. Berührt es schon eigenartig, daß sich die Direktion solche Zeugen von einer anderen Zeche erst holen muß, so erklärt die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung", daß es auch auf „Teutoburgia" solche Zeugen gar nicht geben kann, weil das vorliegende Beweismaterial des Bergarbeiter-Verbandes absolut hieb- und stichfest ist. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung" erklärt ferner, daß sie ein Interesse daran habe, sich mit der Betriebsleitung von Mont-Cenis an Gerichtsstelle auseinander zu setzen. Gelegenheit ist hierzu geboten, weil die „Bergarbeiter-Zeitung" die Werksleitung als die Mitschuldige bezeichnet hat. Hält sich diese für rein, so mag sie klagen. Dies zur Steuer der Wahrheit, weil Gefahr besteht, daß die reaktionäre Presse jetzt wieder mit jener Berichtigung hausieren geht.

Monarchistische Hirngespinste

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 20. Januar.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" veröffentlichen eine angeblich in Berliner amtlichen Kreisen kursierende Denkschrift, die, wie das Blatt sagt, beweist, wie leichtfertig manche Leute Material über die „dunklen Vorgänge" in Bayern sammeln. Das die Denkschrift abschließende Resumee lautet:

„Zwischen Albrecht von Habsburg und Rupprecht von Wittelsbach ist ein Vertrag zustande gekommen, wonach eine Wittelsbacher Dynastie über Bayern, Tirol, Vorarlberg, Salzkammergut und Teile Deutschösterreichs, eine Habsburger Dynastie über Ungarn herrschen solle." Zur Erreichung des Zieles solle eine Armee von 250 000 Mann aufgestellt werden. Feldzeugmeister in Deutschland ist Prinz Isenburg, die deutschen Hilfstruppen sind die Orgeschverbände. Das Freikorps „Oberland" widersetzt sich diesem Plan. Zum Schluß wird dann noch bemerkt: Einer unverbürgten Nachricht zufolge soll auch der Nuntius Pacelli seine Hand mit im Spiele haben." Die „Münchener Neuesten Nachrichten" nennen die Denkschrift ein Produkt überhitzter Köpfe und erinnern in dem Zusammenhang an die bekannten Weismannschen Enthüllungen.

Vielleicht ist aber auch das in der Denkschrift geschilderte Projekt ein Produkt überhitzter Köpfe. Man kann nie wissen ....

Politik und Schutzpolizei

Der Scherlsche „Tag" veröffentlicht in seiner gestrigen Morgenausgabe einen langen Artikel, der „Schupo-Skandal". In diesem Artikel war nicht etwa die Rede von dem Ueberhandnehmen des militärischen Geistes in der Schutzpolizei, der durch die wilhelminischen Offiziere genährt wird und der die Ursache ist zu den vielen Mißhelligkeiten, die das Auftreten der Schutzpolizei hervorruft. Vielmehr wurde behauptet, die Beamten der Schutzpolizei gehörten in ihrer überwältigenden Mehrheit der U. S. P. oder einer der beiden Kommunistischen Parteien an. In den Kasernen gehe die Verhetzung durch radikale Agitatoren offen vor sich, kein Vorgesetzter könne mehr für „Manneszucht und Disziplin" garantieren. Der Brief eines ungenannten Polizeioffiziers mußte zur Bekräftigung dieser Behauptungen herhalten.

Der Zweck der Hetze ist klar. Es gilt, gegen das „System Severing" Front zu machen. Herr Severing ist bemüht, die krassesten Mißstände in der Schutzpolizei, die insbesondere durch seinen Vorgänger eingerissen sind, auszumerzen und deshalb hat er sich den Haß der reaktionären Polizeioffiziere zugezogen, die nun ihrerseits die deutschnationale Presse benützen, um gegen Severing scharf zu machen. Die Offiziere wollen die Polizeibeamten wie die Rekruten behandeln. Sie stoßen dabei zuweilen auf Widerstand, weil der Polizeibeamte, der seinen Dienst richtig ausführen will, sich naturgemäß nicht in das System blinden Kadavergehorsams hineinpressen läßt. Und schließlich ist der Schutzpolizist kein preußischer Muskote, sondern ein Beamter mit gewissen Rechten, die nicht umgangen werden dürfen.

Die reaktionären Offiziere, die gerne Kommiß spielen wollen, hassen die freiheitlichen Regungen ihrer Beamten, und aus diesen Gründen glauben sie am besten dadurch Oberhand gewinnen zu können, wenn sie die Beamten einfach als Unabhängige oder Kommunisten zu denunzieren versuchen. Dieses Mittel wurde schon mit Erfolg bei der Reichswehr angewandt und führte zur Säuberung der Armee von allen republikanisch gesinnten Beamten. Es wird sich nun zeigen müssen, ob Herr Severing stark genug ist, den reaktionären Offizieren, die keine Polizeitruppe, sondern eine Rekrutenschule kommandieren wollen, den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Der Verkehr mit ausländischen Devisen

Im Reichsausschuß für Volkswirtschaft wurde der Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln beraten. Staatssekretär Dr. Hirsch: Die Regierung hat hinsichtlich der Wirksamkeit des Gesetzes in den besetzten Gebieten keine Bedenken. Wesentliche Verletzungen sind seit den im Juli darüber stattgefundenen Erörterungen in den Rheinlanden nicht bekannt geworden. Rechtliche und tatsächliche Gründe sprechen daher nicht gegen die wirksame Inkraftsetzung des Gesetzes. Wohl weiß die Regierung, daß mit der gegenwärtigen Vorlage allein die deutsche Valuta nicht gehalten werden kann, aber die Rettung liegt nur in der Stabilisierung der Mark durch Ausgleich der Zahlungsbilanz und des inneren Etats. Vermindert sich die Reparationslast, so besteht eine gewisse Hoffnung, zu einer relativen Ruhe in den Währungsschwankungen zu kommen. Die Ausbreitung der Zahlung in Auslandswährung führt zum Ruin der nationalen Währung. Dagegen will das Gesetz eine gewisse Sicherung der nationalen Valuta erstreben. — Berichterstatter Schlack (Ztr.) wies darauf hin, daß das Gesetz den legitimen Handel nicht betrifft. — Zu § 1 wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln nicht nur mit oder durch Vermittelung der Reichsbank, sondern auch durch diejenigen abgeschlossen werden dürfen, die eine Beschränkung durch die zuständige Handelskammer besitzen, ebenso ein Antrag, wonach als Geschäft mit ausländischen Zahlungsmitteln nicht gelten soll, wenn ausländische Zahlungsmittel Zug um Zug gegeneinander umgetauscht werden. Ein Antrag des Abg. Dernburg (Dem.) wurde zu § 6 hinzugefügt, wonach die im Gesetz festgesetzten Strafbestimmungen nur bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Zuwiderhandlung eintreten sollen. Nach den Ausschußbeschlüssen wird das Gesetz am 1. März 1922 in Kraft treten. — **Damit ist die zweite Lesung beendet.**

Die Kruppsche Arbeiteraktie

Der Betriebsrat lehnt sie ab

Die Betriebsleitung von Krupp in Essen hatte, wie wir seinerzeit meldeten, den Plan, besondere Aktien an bereits länger zum Werke gehörige Arbeiter auszugeben. Zu diesem Plan hat nun der Betriebsrat und der Arbeiter- und Angestelltenrat in nachfolgender Resolution Stellung genommen:

„Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilnehmer angesehen werden. Dadurch werden Interessengegensätze geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Klassen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müßten, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten."

Die Entschließung des Betriebs- und Angestelltenrats der Ilung der Essener Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu eigen gemacht.

Die Entschließung des Betriebs- und Angestelltenrats der Krupp A.-G. zu der geplanten Kleinaktie ist im Interesse des einheitlichen Klassenkampfes die einzig richtige Antwort auf den Versuch der Betriebsleitung, aus Arbeitern jetzt kapitalistisch interessierte Aktienbesitzer zu machen. Es ist zu wünschen, daß die Belegschaft die Ansicht der Betriebsvertretung teilt und sich von der Beteiligung zurückhalten wird.

Die Firma Krupp, deren Aktien fast ausschließlich in Familienbesitz sind, will sich auf dem Rücken ihrer Angestellten und Arbeiter neue Aktien zum Kurse von 110 Prozent beschaffen. Die Dividende soll sechs, auf keinen Fall aber mehr als zehn Prozent betragen. Das ist unter den heutigen Verhältnissen etwas mehr Ertrag als der Sparkassenzins. Die Aktien fallen beim Ausscheiden aus Kruppschen Diensten zum Bezugspreise an die Firma zurück. Auch kann der Klein-Aktionär, der Geld gebraucht, die Aktie sonst zum Kaufpreise zurückgeben.

Die Firma bezw. die Familie Krupp will es so erreichen, unabhängig vom Geldmarkt ihr Kapital zu erhöhen und sich den Rückkauf der Aktien auf sehr billige Weise zu sichern. Würde nämlich das Aktienkapital mit Hilfe des Kapitalmarktes erhöht, dann unterläge der Kurswert der Aktien den sonst geltenden kapitalistischen Gesetzen und er erhöhte sich entsprechend der jeweiligen Konjunkturverhältnisse. Dann müßte die Firma Krupp beim Rückerwerb der Aktien unter Umständen ein Vielfaches des Nominalkapitals zahlen.

So sieht der Versuch zur Lösung eines sozialen Problems seitens einer Unternehmerfamilie aus. Wir erwarten, daß der Fall mit dem Beschluß des Betriebsrates für die deutsche Arbeiterschaft erledigt ist.

Preußischer Landtag

Der preußische Landtag, der gestern nachmittag 3 Uhr seine erste Sitzung im neuen Jahre abhielt, ehrte zuerst das Andenken der Verstorbenen, Abgeordneten Kamp (Zentrum) und Dinslake (Zentrum) durch Erheben von den Plätzen. Dann folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung von Pyrmont mit Preußen. Pyrmont, das bisher zum Freistaat Lippe gehörte, liegt vom übrigen Gebiet abgetrennt als kleines Länderzipfelchen in Preußen, das es wie ein Löwe umklammert hält. Die Bevölkerung hat sich wegen der vielen Verwaltungsschwierigkeiten und wegen anderer Mißhelligkeiten freiwillig für den Anschluß an Preußen entschieden. Um den Anschluß zu vollziehen, ist ein Vertrag ausgearbeitet worden, der der Genehmigung des Landtages bedarf. Preußen schluckt das kleine Pyrmont natürlich sehr gern und es hat das Versprechen gegeben, Pyrmont zu einem großen Weltbad auszugestalten. Ein kleines Schachergeschäft mit Privatpersonen, die als Pächter des Bades vorgesehen sind, ist damit verbunden.

Die Gesetzesvorlage gab Anlaß zu einer kurzen Aussprache, wobei von den verschiedensten Parteien in der Hauptsache mit recht kleinlichen Gesichtspunkten operiert wurde. Für unsere Fraktion erklärte Genosse Leid, daß wir die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates anstreben und uns bei allen derartigen Fragen lediglich von dem Gesichtspunkt der besseren Verwaltungstechnik und der höheren wirtschaftlichen Ordnung leiten lassen. Partikularistischen Bestrebungen treten wir entschieden entgegen. — Das Gesetz wurde dem Verfassungsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Nach Verabschiedung des Gesetzes über das Wahlprüfungsgericht folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen. Die Landesversammlung hat sich schon einmal mit dieser Materie befaßt, eine neuzeitliche Regelung des Hebammenwesens wurde durch die ablehnende Haltung der Rechtsparteien jedoch zu Fall gebracht. Der jetzige Entwurf hält, wie der Minister für Volkswohlfahrt ausführte, an der freien Hebammenwahl fest. Er sieht vor, daß die Kreise in Bezirke eingeteilt werden, und daß in jedem Bezirk nur die für den Bezirk notwendige Zahl von Hebammen zugelassen wird. Die Hebammen sollen eine Niederlassungsgenehmigung erhalten, im übrigen aber ihren Beruf frei ausüben können. Das Staatsministerium stellt im Haushaltsplan zehn Millionen Mark zur Verfügung, also mehr als die Hälfte von dem 19 Millionen Mark betragenden Gesamtbedarf für das Hebammenwesen.

In der Besprechung wies Abg. Frau Ege (Soz.) darauf hin, daß das Gesetz gegenüber dem ersten Entwurf eine solche Verschlechterung bringe, daß es in dieser Form unmöglich sei, ihm zuzustimmen. Sie machte dann eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen und setzte sich auch für die Sozialisierung des Hebammenwesens ein. Kurz vor 6 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Freitag mittag 12 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung, kleine Vorlagen.

•

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages beschloß, zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen zu erledigen. Hiermit hofft man am Freitag zu Ende zu kommen. Für Sonnabend sollen Anträge auf Strafverfolgung, insbesondere die Fälle Eberlein, Schönebeck und Scholem beraten werden. Ferner die Abänderung des Diätengesetzes, wonach renitenten Abgeordneten in besonderen Fällen der Widerstandsleistung die Diäten entzogen werden können. Am Montag wird die Notlage der besetzten Gebiete besprochen, am Dienstag die Notlage der Gemeinden. Am Mittwoch soll der Finanzminister den Etat einbringen. Hieran schließt sich eine allgemeine politische Aussprache und die Beratung des Grundsteuergesetzes.

Deutscher Reichstag

Donnerstag, 19. Januar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung. Er gedenkt vor Eintritt in die Tagesordnung des am 18. Dezember verstorbenen Abgeordneten Clemens von Delbrück. Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Eine Interpellation der bürgerlichen Parteien betreffend Futtermittelversorgung und eine andere Hergt und Genossen betr. Wagenmangel soll von der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Entschädigung für Schöffen und Geschworenen

Abg. Rosenfeld (USP.): Der Vorlage, soweit sie die Beseitigung von Unbilligkeiten herbeiführen will, kann man beistimmen. Um so mehr, als die Tendenz die ist, **die minderbemittelten Bevölkerungsklassen in größerem Maße als bisher zum Schöffen- und Geschworenenamte heranzuziehen.** Aber die Regierung hätte auch die Frage prüfen sollen, ob nicht statt der Tagegelder volle Entschädigung gegeben werden so. Die Schöffen- und Geschworenengerichte haben selten einen Arbeiter usw. in ihren Reihen. Das liegt selten einen Arbeiter, Beamten usw. in ihren Reihen. Das liegt in den Bestimmungen, wie die Schöffen und Geschworenen heute **ausgewählt werden. Die Wahl erfolgt von einem Ausschuß, der** aus Richtern und Vertrauensmännern besteht, die von den kommunalen Körperschaften gewählt werden. Auf die Wahl der Vertrauensmänner haben die Arbeiter so gut wie keinen Einfluß. Tatsächlich wird die Wahl vorgenommen von den unteren Beamten der Gerichte, die die vorbereitenden Arbeiten zur Wahl erledigen. Ich habe den Wunsch, daß die Regierung eine andere Art der Wahl vorschlägt.

Reichsjustizminister Radbruch: Ich bin mit dem Abg. Rosenfeld der Ansicht, daß eine entsprechende Beteiligung der Arbeiter an den Schöffen- und Geschworenengerichten ermöglicht werden muß. Eine starke Erhöhung der Bezüge wird zu diesem Behufe als eine große und drängende Ausgabe angesehen werden müssen. Es wird weiter geprüft, ob sich das System der Tagegelder nicht durch ein System der Entschädigung ersetzen läßt. Auch das Wahlverfahren für die Schöffen und Geschworenen wird umzugestalten sein **und eine entsprechende Vorlage wird dem Reichstag im Herbst vorgelegt werden.**

Finanznot der Gemeinden

Die von den Demokraten eingebrachte, sich mit der Finanznot der Gemeinden beschäftigende Interpellation wird begründet vom Abg. Külz (Dem.): Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist zu mindestens 50 Prozent Selbsterhaltung. Diese 50 Prozent hat das Reich den Gemeinden genommen, indem sie ihnen die Steuerrechte beschnitt. Die Finanzen der Gemeinden hatten ihr Rückgrat in der Einkommensteuer, die Reichseinkommensteuer hat dieses System vernichtet und die Gemeinden zu Kostgängern des Reichs gemacht. Die Gemeinden wissen heute noch nicht, mit welchen Einnahmen sie zu rechnen haben. Das Reich hat ihnen auf der einen Seite eine Verminderung und unsichere Gestaltung der Einnahmen, auf der anderen Seite aber eine Vermehrung der Ausgaben gebracht. Immer neue Aufgaben werden den Gemeinden zugewiesen, ohne daß entsprechende Deckung in Aussicht gestellt wird. **Wir verlangen**

Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer,

an der Umsatzsteuer usw. Wir verlangen weiter eine planmäßige Umgestaltung des Landessteuergesetzes, damit den Gemeinden für die ihnen vom Reich zugewiesenen Aufgaben auch die Deckungssummen zugeführt werden. Wenn diese Maßnahmen nicht schleunigst getroffen werden, wird man den völligen Zusammenbruch der Gemeinden nicht aufhalten.

Reichsfinanzminister Hermes: Es ist nicht richtig, die Schuld an den heutigen Verhältnissen in den Gemeinden ausschließlich dem Reich zuzuschieben. Sobald der Reichstag die Steuervorlagen verabschiedet hat, beabsichtige ich, die Finanzminister der Länder zu einer Besprechung zusammenzurufen, um eine grundsätzliche Erörterung über die Frage der Gemeindefinanzen zu pflegen. Es bleibt grundsätzlich Sache der Länder, den Bedarf der Gemeinden zu prüfen. Die Vorschüsse des Reichs können nach den geltenden Bestimmungen nur an die Länder gezahlt werden. Im übrigen legt die Finanzlage des Reichs ihm die Verpflichtung auf, die Gewährung von Zuschüssen davon abhängig zu machen, daß von den Gemeinden umgängliche Ausgaben nicht gemacht werden.

Abg. Heimann (S. P. D.): Die Gemeinden stehen vor einer geradezu verzweifelten Situation. Allein auf dem Gebiete des Wohnungswesens haben sie ungeheure Aufwendungen zu leisten. Die Besoldungsreformen vom November 1921 haben dem Faß den Boden ausgeschlagen. Ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Ueberweisungen aus der Einkommensteuer muß für diese Mehrausgaben aus der Besoldungsreform verbraucht werden. **Die Einkommensteuer ist die Haupteinnahme der Gemeinden.** Ich begrüße die Anregungen, daß die Abgeordneten aus allen Fraktionen, die dem Problem nahestehen, sich zusammentun wollen, um die das Gemeindewesen betreffenden Finanzfragen durchzuprüfen. Den Gemeinden bleibt nur übrig, sich an das Reich um Deckung der Ausgaben zu wenden, die nicht unmittelbar durch die Tätigkeit der Gemeinden entstehen. Die Hoffnung auf Zuschüsse durch das Reich für die Mehraufwendungen durch die Besoldungsreform ist gescheitert. Man will den Gemeinden nur Vorschüsse geben. Eine höhere Aufsicht über die Gemeinden durch das Reich würde

den Tod der Selbstverwaltung,

ein Lockern des Verantwortlichkeitsgefühls bedeuten. Wir verlangen unbedingt, daß auch die Gemeinden der Finanznot des Reiches Rechnung tragen und größte Sparsamkeit treiben. Aber das Reich muß ihnen helfen.

Abg. Herschel (Zentr.): Wer den deutschen Städten hilft, der hilft dem deutschen Volke. Aus welchen Gründen soll das Reich helfen? Es hat erstens die Entziehung der Steuerhoheit wieder gut zu machen, zweitens ist es sein Selbsterhaltungstrieb, denn die Gemeinde ist die Urzelle des Staates, und ferner muß es den Gemeinden dankbar sein für die Aufgaben, die sie im Kriege erfüllt haben.

Abg. Berndt (Dntl.): Ich beschränke mich darauf, namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir im großen Ganzen mit den vom Interpellanten gemachten Vorschlägen zur Abhilfe einverstanden sind.

Abg. Scholz (D. Vp.): Die Reichsgesetzgebung ist bewußt von einer beabsichtigten Zentralisierung ausgegangen und ich glaube, daß wir heute alle darüber einig sind, daß diese Zentralisierung Nachteile gebracht, dem Reiche starke Befriedigung, den Ländern und Gemeinden aber völlige Unbefriedigung gebracht hat. Den Gemeinden muß ein großer beweglicher Faktor gegeben werden, auf dem sie ihren Etat aufbauen können.

Die Debatte wird abgebrochen. — Die Gesetzentwürfe über die **Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte und der Antrag der sozialistischen Parteien betreffs den Gesetz**entwurf über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz, werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Arbeitsnachweisgesetz, Kriegspersonenschäden, Fortsetzung der Beratung der heutigen Interpellation, kleinere Vorlagen.

Regelung der Ueberteuerungszuschüsse

Die mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vereinbarten Verhandlungen zur Regelung der Ueberteuerungszuschüsse beginnen für die Eisenbahnarbeiter am Dienstag, den 24. Januar, für die Arbeiter der anderen Reichsverwaltungen am Montag, den 23. Januar. Die Bekanntgabe des Verhandlungstermins dürfte dazu beitragen, die in den teueren Orten sich immer mehr bemerkbarer machende Unruhe etwas einzudämmen. Wurde doch vielfach angenommen, daß es mit der allgemeinen Lohn- und Gehaltszulage sein Bewenden haben solle. In Wirklichkeit war von vornherein daran gedacht, einen Ausgleich zwischen den höheren Löhnen der Privatarbeiter durch Ueberteuerungszuschüsse herbeizuführen. Soweit es sich um die Uebertragung der Ueberteuerungszuschüsse auf die Beamten handelt, ist ein Termin zur Verhandlung noch nicht festgesetzt. Es darf aber als feststehend betrachtet werden, daß auch darüber verhandelt wird.

Kleine Nachrichten

Die Wirtschaftskrise in Schweden. Die schwedischen Werften beschäftigten am 1. Januar 4069 Arbeiter gegen 10 907 am 1. September 1920, was eine Verringerung der Arbeiterzahl um 63 Prozent bedeutet. In der Elektrizitäts-Industrie ist die Arbeiterzahl während derselben Zeit um 47 Prozent zurückgegangen, in der gesamten Maschinenindustrie von 60 000 auf 27 000, d. h. um 54 Prozent.

Amerikanisches Naphtamonopol in der Tschechoslowakei. Wie die „Tribuna" erfährt, hat die tschechoslowakische Regierung mit der Standard Oil Company einen Vertrag abgeschlossen, der dieser Gesellschaft das Förderungsmonopol für Naphta in der ganzen Republik für dreißig Jahre überträgt.

Ein französisch-italienisches Sonderabkommen. Nach dem „Intransigeant" berichtet der Pariser Korrespondent der „Gazetta del Popolo", Briand habe in Cannes Bonomi ein französisch-italienisches Sonderabkommen angeboten, und Poincaré habe beschlossen, die Initiative Briands weiter zu verfolgen. In diesem Abkommen versprechen sich beide Völker gegenseitige Unterstützung im Falle eines Angriffs ihrer Gegner.

Stadtverordnetenversammlung

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern

In der gestrigen ordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gelangte zuerst ohne Aussprache ein von allen Fraktionen gestellter Dringlichkeitsantrag zur Annahme, demzufolge den Inhabern privater Lyzeen dieselben **Unterstützungen wie den städtischen gewährt werden sollen.**

Hierauf wählte die Versammlung **96 ehrenamtliche Mitglieder und Vertreter des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin.**

Eine Magistratsvorlage betr. den

Verkauf des Grundstücks des Wirtschaftsamts Reinickendorf

zeitigte eine längere Diskussion, in der sich Genosse Müller für eine Ausschußberatung einsetzte. Dem Redner schien der Verkaufspreis als zu niedrig angesetzt. Im Falle der Ablehnung der Ausschußberatung, so erklärte Genosse Müller, würde die U. S. P. die Vorlage überhaupt ablehnen. In namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen unserer Fraktion und der der K. P. D. angenommen. Die zweite Beratung dieser Vorlage erfolgt in der nächsten Sitzung.

Nach unwesentlicher Aussprache wurde einer anderen Magistratsvorlage zugestimmt, die die **Errichtung einer Entbindungsstation im bisherigen Pavillon für Patienten der 1. und 2. Klasse des Schöneberger Krankenhauses** forderte.

Hierauf erfolgte die Beratung der Vorlage über die

Erhöhung der Kur- und Verpflegungssätze in den städtischen Krankenhäusern.

Stadtmedizinalrat Dr. Nobiling begründet die Vorlage unter Hinweis auf die durch die sprungweise Teuerung, die Lohn- und Gehaltserhöhungen sich ergebende absolute Notwendigkeit und auf die so schwierige Finanzlage der Stadt, die dazu zwinge, auf eine Verminderung der enormen Zuschußleistungen hinzuwirken. Die Kur- und Verpflegungssätzen sollen sofort betragen 3. Klasse 40 M., 2. Klasse 90 M., 1. Klasse 200 M. täglich für Einheimische; für Ausländer 120 M. bzw. 250 M. und 400 M. täglich.

Ein Antrag **Gaebel** und Gen. (Kom.) verlangt, daß von der Erhebung der Kur- und Verpflegungskosten Abstand zu nehmen sei. Von Auswärtigen sollen nur die Selbstkosten erhoben werden. Zur Deckung der Kosten soll vom Reich gefordert werden, daß den Gemeinden die Erhebung einer direkten progressiven Steuer zugestanden werde.

Stadtv. Dr. Kirchner stimmt der Vorlage zu. Auch die Beseitigung der 1. und 2. Klasse hält Redner sowohl im Interesse der städtischen Finanzen als des Mittelstandes für bedauerlich.

Stadtv. Falkenberg (D. V.) verlangte, daß die Krankenkassen in einem erheblicheren Maße die Unkosten selbst tragen sollen und erwartet baldigst eine nach dieser Richtung hinzielende Nachtragsvorlage des Magistrats.

In der weiteren Aussprache wendet sich für die U. S. P. Genosse Thurm gegen die Vorlage und fordert ihre Rückverweisung an den Ausschuß. Andernfalls würde unsere Fraktion die Vorlage ablehnen. Er wies darauf hin, daß die Annahme der Vorlage notwendigerweise eine Erhöhung der ohnehin hohen Krankenkassenbeiträge zeitigen würde. Der Redner kritisierte schärfstens die Tatsache, daß die städtischen Krankenanstalten von Kranken, deren Kassen nicht die vollen Verpflegungssätze zahlen, die schuldenden Gelder in rücksichtsloser Weise eintreiben.

Die weitere Diskussion brachte scharfe

Angriffe gegen das städtische Anschaffungsamt

durch die bürgerlichen Stadtverordneten Linke und Dr. Kirchner, denen Stadtrat Kahl, sowie die Stadtverordneten Thurm (USP.), Krüger (SPD.) und Degner (KPD.) wiederholt in schärfster Weise entgegentreten. Es wurde festgestellt, daß gerade Parteigänger der Deutschnationalen das Anschaffungsamt bewußt sabotieren. Der demokratische Stadtverordnete Rosenthal stellte fest, daß das Anschaffungsamt als mustergültiger Betrieb zu bezeichnen sei. (Hört, hört! links.)

Schließlich wurde die Rückverweisung der Vorlage an einen Ausschuß abgelehnt. Der zweiten Beratung widersprachen unsere Genossen und die K. P. D. Die Vorlage über die Gebührenordnung der Gemeindefriedhöfe ging an einen Ausschuß.

Alsdann wurde ohne Diskussion eine Reihe kleinerer Anträge erledigt, u. a. wurden die Mittel zur Verbilligung der Milch für die ärmere Bevölkerung bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Japaner auf der Tribüne

Der Stadtverordnetenversammlung wohnte auf der Tribüne als aufmerksame Zuhörer eine japanische Abordnung, bestehend aus Mitgliedern des japanischen Kultusministeriums und Professoren von Hochschulen, bei. Die Herren, an deren Spitze der frühere Kultusminister Exz. Dr. Sawayanagi steht, haben die Aufgabe, das Schulwesen in allen europäischen und amerikanischen Ländern zu studieren und werden sich einige Zeit auch in Berlin aufhalten.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½: Der fahrende Schüler bannt den Teufel. Der gestiefelte Kater

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7½ Uhr: Die Gezierten. Zerbrochene Krug

Staatstheater.
Opernhaus
7½ U.: Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus
7½: Lumpaci Vagabundus

Dir.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
Zum 1. Male
7 Uhr: Tartüff
Scapins Schelmenstreiche

Kammerspiele
8 Uhr
Anatol

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joa. Riemann, G. Alexander

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin Olala
Ralph Arth Roberts
Emmy Sturm
Herbert Kiper
Wally Koch

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-
Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Wallner-Theater
Täglich 7½ Uhr
Spitzenkönigin

Residenz Theater
7½ Uhr
Das weite Land
Irene Triesch, Arnold Korff

Trianon - Theater
Täglich 7½ Uhr:
Elga
v. Gerhart Hauptmann

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Jaqueline
Carola Toelle, Falkenstein

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7½ U.: Verlorenes Glück
(Sprechchöre)

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr
Die Ehe im Kreise

Walhalla - Theater
8 Uhr
Die Mondscheindame

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ U. u. Stg. nachm. 3 U.
Ellit-Sänger
Ilthren-Bow.
Vvk. 11-1½, n. 4-6

8 | **Apollotheater** | 8
Friedrichstraße 218
Gr. Varieté-Ausstattungsschau
Rund um die Welt
Sensationen! Effekte!
5 große Ballette!

Metropol Kabarett
Behrenstraße 54.
7½ Uhr
11 Attraktionen

7½ **Casino - Theater** 7½
Der Weg zum Glück
Ab Sonnabend, d. 28. Januar
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Das Geständnis

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Nur Rundtänze

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Wir raten Ihnen ganz
Billet z. Sonntag im Vorverkf. entnehmen.
Neue Circus-Sensat.
7½ „Die Schlange der Durga“
Stg. 3 U: 1 Kind frei
Robinson Crusoe

Kinder der Finsternis

Regie: E. A. Dupont — Ausstattung: Paul Leni

½9 Uhr

Zweiter Teil: **Kämpfende Welten**

Hauptrollen:
Hans Mierendorff / Grit Hegesa / Marija Leyko
Adele Sandrock / Friedrich Kühne

½7 Uhr

Ufa-Palast am Zoo

Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Glauben Sie daß man mit den Toten reden kann?

Ueber dieses Thema spricht:
Sonntag, 22. Januar, vorm. 10 Uhr im „Zirkus Busch“
Herr P. Balzereit-Barmen

Eintritt frei!

Freikarten im Zirkus und von 2—6 Uhr nachm. im Bureau der Internationalen Vereinigung ernster Bibelforscher, Brunnenstr. 24

Gewerkschaftshaus
SO 16, Engelufer 25 · Gek. Dir. M. Schröder
Fernspr.: Mpl. 8641

Täglich
Gedeck 12 Mark **Gr. Mittagstisch** Gedeck 12 Mark

Jeden Freitag Schlachtefest
Spez.: Fr. Blut- und Leberwurst mit Sauerkohl

Täglich Ausschank Schultheiß-Patzenhofer Urbock

Metall-Großhandlung Osten, Grüner Weg 90 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Parzellen in Heiligensee
bei Tegel. Preiswert, sehr gut. Boden, gering. Anzahl. Abzahlung gestattet. Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin, Schiffbauerdamm 23, Teleph. Norden 916. Auskunft: In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rothkäppchen, Kirschallee, a. d. Teilstrecke Teg.-Heiligensee elektr. Bahn.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41,** Ecke Kochstr.

Auf Teilzahlung.
Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rosenthalerstr. 22 a, Nähe Rosenthaler Platz. Geöffnet 9—7.

Anzüge · Kleider
Schlüpfer, Cutaways m. — Mäntel, Kostüme,
gestr. Hosen **für Herren** — Röcke **für Damen**
auf bequeme
Teilzahlung
Grebler, Weinbergsweg 4
am Rosenthaler Platz

Der kleine Samariter
dient zur
Selbsthilfe
bei leichteren Krankheiten und gibt
Verhaltungsmaßregeln
bis zum Erscheinen des Arztes bei schweren Krankheiten.
Mit Anhang
Anleitg. zur Errichtung einer Hausapotheke
Preis 1.50 Mark
Zu beziehen durch
Buchhandl. „Freiheit“
Bln. C 2, Breite Str. 8-9
sow. durch alle Speditionen der „Freiheit“

Möbel
kaufen Sie nirgends so **billig und gut** wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

---

Der Mieterschutz

Preis 4.00 Mark

Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes u. der Höchstmietenverordnung

Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / II. Nachtrag:
„Die Aenderungen des Mieterschutzes“

Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2

Am 13. Januar verstarb nach längerem Krankenlager unser früherer Obmann, der Setzer

Ernst Wernig
aus Laibach

Seine unerschütterliche Gesinnung sichert ihm ein bleibendes Andenken.

Das Personal der Buchdruck. W. Gröhmacher

Die Einäscherung geschieht am Sonnabend, den 21. Januar, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54 / Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833—836

Montag, den 23. Januar 1922, abends 7 Uhr
im Saale der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22-31

Versammlung

sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes (Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitglieder der Verwaltungen)

Tagesordnung:
Reparationen, Steuern und Erfassung der Sachwerte

Referent:
Robert Dißmann (Stuttgart) Vorsitzender des DMV.

Jeder Funktionär unseres Verbandes ist verpflichtet, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen in den Betrieben werden ersucht, von ihren Funktionären einen Bericht zu verlangen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833—836

Sonntag, den 22. Januar 1922, vormittags 9½ Uhr, in Feibels Festsälen, Kolberger Str. 23

Branchen-Versammlung
der Kesselschmiede und Helfer sowie der dazu gehörenden Berufe

Tagesordnung:
Wichtige Branchenangelegenheit.

Sonntag, den 22. Januar 1922, vorm. 9 Uhr, in der Schulaula, Weinmeisterstr. 16-17

Branchen-Versammlung
der in den Eisenkonstruktions-, Kran-, Aufzugs- sowie Signal- und Stellwerksbetrieben beschäftigten Kollegen, welche dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahl der Branchenkommission.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Metallarbeiter im Baugewerbe!

Sonntag, den 22. Januar 1922, vormittags 10 Uhr, in der Schulaula, Koppenplatz 12

Versammlung
aller im Baugewerbe beschäftigten Metallarbeiter

Sonntag, den 22. Januar 1922, vormittags 9½ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18

Fortsetzung der
Branchen-Versammlung
der Eisen-Revolverdreher und -Dreherinnen sow. Rundschleifer

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Maßnahmen der Unternehmer (Einführung des Zeitstudiensystems).
2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Bureaumaschinen-Industrie

Montag, den 23. Januar 1922, nachmittags 6 Uhr, im Arbeitsnachweissaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85

Versammlung
aller in der Fachgruppe der Schreibmaschinen-Industrie beschäftigten Reparateure

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Lohnregelung.

Achtung! **Bau-Anschläger** Achtung!

Dienstag, den 24. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstraße 5

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über den Abschluß des Tarifs.
2. Diskussion.

Laut Tarifabschluß betragen die Löhne vom 9. Januar — 24. Februar 1922 Grundstundenlohn 1 ,60 Mk., Aufschlag 700 Prozent + 10 % + 20 %. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, anwesend zu sein.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Die Firma von Trowitz & Fahre G. m. b. H. beabsichtigt in Berlin auf dem Grundstücke Alte Stralau 53-54 eine Darrofen-Anlage zu errichten.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnung der Anlage liegen in unserem Bureau, Berlin C. 2, Waisenstr. 27, 1 Treppe, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 1 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Herrn Obersekretär Weber, auf Dienstag, den 7. Februar 1922, vormittags 11 Uhr, im unteren Sitzungssaale Waisenstr. 27, 1 Treppe, ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmerin sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin, den 18. Januar 1922.

Der Stadtausschuß Berlin.
Abteilung I.
Schneider.

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 5.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Botenfrauen
zu bedeutend höheren Löhnen
werden eingestellt in sämtl. Filialen der
Zeitungs-Zentrale A.-G., SW. 19, Jerusalemer Str. 5-6
Nähere Auskunft auch telephonisch (Zentrum 3333 und 9702)

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm **Wanzen**
beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit **Eckolda** (v. Fachm. hergestellt). 100 000 sind zufriedengestellt.
Ueber den Erfolg werden Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eckolda Fabr. Eckolda-Werke, Essen
Zu haben in den Drogerien: **Berlin N: Amann,** Invalidenstr. 33; **Humboldt-Drog.,** Brunnenstr. 99; **H. Knappe,** Reinickendorfer Str. 88; **Kraft,** Reinickendorfer Str. 119; **H. Lange,** Brunnenstr. 157; **E. Lustig,** Schönhauser Allee 86; **Residenz-Drogerie,** Exerzierstr. 22; **D. Kirschke,** Beltanastr. 2; **Brüsseler Drogerie,** Brüsseler Str. 40; **O. Manzke,** Müllerstr. 155 a, Leopoldpl.; **H. Schweitzer,** Oranienburger Str. 60; **NW: A. Ockert,** Waldenserstr. 18; **Drogenhaus Moabit,** W. A. Born, Alt-Moabit 48, gegenüb. Jagowstr.; **C: E. F. Neumann,** Brunnenstr. 26; **Prager,** Neue Promenade 2 (Nähe Bahnhof Börse); **O: Andreas-Drogerie,** Kleine Andreasstr. 12; **Glocken-Drog.,** Petersburger Straße 83, a. Baltenpl.; **Hubertus-Drog.,** Ebertystraße 46; **Pietsch,** Grünberger Straße 7; **S: G. Lobeke,** Kottbuser Damm 81-82; **SO E. Berger,** Brückenstr. 12; **Central-Drogerie und Sanitätsbazar des Südostens,** Dresdener Str. 18; **Drogenhaus A. Guraffa,** Oranienstr. 21; **E. Berger,** Brückenstr. 12; **SW: E. W. Weirich,** Blücherstr. 1; **Charlottenburg: Stephan-Drog.,** Wilmersdorfer Straße 155; **Lichtenberg: F. Heinrich,** Frankfurter Allee 257; **Neukölln: Zentral-Drog.,** Boddinstr. 65; **Pankow: Georg Gerge,** Breite Straße 40; **Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer,** Akazienstr. 4; **Steglitz: Drogerie und Parfümerie Grap,** Albrechtstr. 11; **Tegel: H. Farchmin,** Berliner Straße 83; **Tempelhof: Gebr. Bittner,** Berliner Straße 90

Dr. Unverzagt's Heilseife
Gesetzl. gesch. prämiert. Bewährtes Mittel gegen Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, Pickel, Krätze, Kopfschuppen. Erzielt die glänzendsten Erfolge als Kinderseife. Regelmäßiger Gebrauch schützt vor ansteckenden Krankheiten u. Wunden, verleiht einen jugendlichen Haarwuchs. Zu haben in den Apotheken u. Drogerien

Generalvertreter und Depot: **E. Kaiser,** Berlin W 30, Würzburger Straße 6

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 420**

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Spedition Wutzky
Choriner Straße 68
Tour: Berg-, Borsig-, Gartenstraße.

Spedition Jordan
Dresdener Straße 24

Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101

Spedition Gliesche
Pankstraße 60 (Laden)

Spedition Kolbe
O, Weberstraße 25

Spedition Franke
Genter Straße 34

Spedition Lohmann
Hussitenstraße 43

Spedition Franzen
Wittstocker Straße 19

Spedition Wengels
O, Cadiner Straße 11

Spedition Spickermann
Pankow, Mühlenstr. 20

Spedition Krüger
Neukölln, Emser Str. 32

Soeben erschienen!

Geschichte der USPD.
Von Eugen Prager

In dauerhaftem Halbleinenband
50.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

USPD
Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
Aufgaben der Betriebsvertretungen / Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen / Einnahme- und Ausgabetabellen / Statistik der Reichstagswahlen / Reichhaltiges Adressen-Material / Tarife / Interessante Notizen u. a.

★

Gutes schreibfähiges Papier
Halbleinen gebunden

5.— Mark

Zu beziehen durch die Freiheit - Speditionen und
Buchhandlung „Freiheit“ · Berlin C 2

Heinrich Heine
Die soziale Weltrevolution
enthält
die berühmten prophetischen Ausblicke
*
Dieser Band ist noch von der **Erstausgabe** der **Vermischten Schriften** von 1854 vorhanden und kann wegen der Pariser Briefe als eine **besondere literarische Denkwürdigkeit** angesehen werden!
Preis
12.— Mark
Leinenband 18.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin · Breite Str.

Soeben erschienen!

M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongreß / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00
(Organisationsausg.): „ „ 19.00, „ „ 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“
zum Preise von Mk. 21.— monatl., Mk. 10.50 halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: ____________
Ort: ____________ Straße: ____________ Nr. ____
(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Seit., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Schutz gegen Freiheitsraub

Bei vollständiger Geistesklarheit für wahnsinnig erklärt – Ein Fall von vielen!

Wie man bei vollständiger geistiger Gesundheit ins Irrenhaus eingesperrt werden kann, hat zu seinem schweren Schaden der Berliner Maschinen-Agent B. erfahren.

Ende Oktober 1920 überraschte B. seine Ehefrau beim zärtlichen Zusammensein mit einem Friseurgehilfen, der sie seit zwei Jahren jeden Morgen frisierte. Die Dienstboten kannten das dreieckige Verhältnis schon längst, hatten aber dem Ehemann nichts verraten. Der Liebhaber flüchtete durch eine Hintertür. Hierauf gab es die üblichen erregten Auseinandersetzungen mit der Ehefrau und sofortige häusliche Trennung. Vier Wochen später wurde B. gebeten, nach dem Polizeibezirksamt in der Alexandrinenstraße zu kommen, angeblich, um mit einem höheren Beamten des Wohnungsamtes sich über die Abgabe von Räumlichkeiten zu besprechen. Herr B. ging natürlich hin, wurde dem höheren Beamten vorgestellt und setzte ruhig und sachlich auseinander, weshalb er keine Räume abgeben könne. Das Gespräch kam dann auch auf die Artikel B.c, u. a. auf die explosiven Fliegerpfeile, ein Patent der Nalwerke, die im Jahre 1916 in Adlershof dem damaligen stellvertretenden Kriegsminister vorgeführt worden waren. Auf die Frage, ob B. noch solche Pfeile im Besitz habe, erwiderte er, daß er einige Pfeile als Wohnungsschutz an seiner Wohnungstür anbringen wolle. Es könne aber von einer so geringen Zahl und aus geringer Höhe nur eine Knallwirkung, also Hausalarm, erzielt werden. Jetzt entpuppte sich der „höhere Wohnungsbeamte“ als der Kreisarzt Dr. Stüler und erklärte, B. sei nicht normal, da er nach den Angaben seiner Frau die Absicht habe, sie mit den explosiven Fliegerpfeilen zu töten.

Alle Beteuerungen, daß die Angaben der Frau aus den Fingern gesogen seien, um sich für den begangenen Ehebruch zu decken, nützten nichts. B. mußte in Gegenwart von zwei bewaffneten Schupoleuten seine Taschen leeren, auch 6500 M., die zur Deckung der Umsatzsteuer bestimmt waren, abgeben. Dann ging es in Begleitung eines Kriminalwachtmeisters und zweier Schupoleute mittels Droschke nach der Polizeiwache in der Reichsdruckerei, wo B. ohne Essen und Trinken lieben Stunden blieb, bis er um 6 Uhr abends von zwei Irrenwärtern nach der Irrenanstalt Herzberge abgeholt wurde. Man hatte ihm nur noch erlaubt, mit ein paar Zeilen seinen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Die Irrenärzte erkannten sehr bald, daß B. geistig normal war, konnten aber nach den geltenden Bestimmungen die Entlassung zunächst nicht bewirken. Die Ehefrau hatte im Eiltempo eine vorläufige Vormundschaft durchgedrückt. Der vorläufige Vormund suchte B. gar nicht in der Anstalt auf, kümmerte sich wenig um das seines Leiters beraubte Geschäft und ließ der Ehefrau freie Hand. Die Ehefrau lebte zusammen mit ihrem Liebhaber, der von ihr zum Geschäftsführer mit 18 000 M. Jahresgehalt gemacht war, auch die Wäsche und Kleidung des Ehemannes trug. Beide lebten in Saus und Braus, verpulverten sogar die von der Polizei zurückgegebenen 6500 M. Umsatzsteuer.

Nach Absetzung des ersten vorläufigen Vormundes forderte nun der zweite Vormund energisch die Entlassung des B., die jetzt nach vier Tagen, am 21. Januar, erfolgte. Der angerichtete Schaden war sehr groß. Abgesehen von den geschäftlichen Ausfällen mußten bis heute allein für Rechtsanwälte, Gerichtskosten usw. 65 000 M. gezahlt werden. Erst nach der Entlassung konnte B. feststellen, daß seine Ehefrau in ihrer Jugendzeit in einer sächsischen Fürsorge-Erziehungsanstalt und ihr Vater im Irrenhause war. In der Alimentierungsklage hat das Kammergericht am 13. Oktober 1921 die Ehefrau als Psychopathin und unglaubwürdig bezeichnet. Die vorläufige Vormundschaft ist aufgehoben, die Beschwerde der Ehefrau zurückgewiesen worden. Ein Geschäftsfreund, dessen Vermögen in dem B.schen Geschäft steckt, hat erklärt, daß er sein Geld in den besten Händen wisse und daß B. zur Führung des Geschäftes nach wie vor die geeignetste Person sei. Trotzdem ist der Entmündigungsantrag der Ehefrau, die mit dem Friseur zusammenlebt, noch immer nicht zurückgewiesen worden. Vielleicht, weil die psychopathische Frau fortgesetzt mit neuen Anträgen und falschen Angaben hervortritt.

Wo bleiben nun die seit einem halben Jahrhundert versprochenen Garantien gegen unberechtigte Internierung und Entmündigung?

Hätten nicht die Polizei und der Kreisarzt vor der Internierung ernstlich nachprüfen müssen, ob die phantastischen Angaben der Ehefrau auf Wahrheit beruhen?

Wer bezahlt den riesigen Schaden?

Schutz gegen Wahnsinnige — so heißt es immer. Aber mindestens so berechtigt ist der Ruf: Schutz gegen Freiheitsraub!

Der Fall des Agenten B. ist nur einer von vielen. Die Zahl der fälschlich für geisteskrank Erklärten ist, wie Sachverständige versichern, erschreckend groß. Eine einschneidende Reform des Irrenrechts tut daher dringend not.

Sonntagsverkehr bei der Straßenbahn

Beabsichtigte Einstellung aus Rentabilitätsgründen

Die schwierige finanzielle Lage der Straßenbahn wird angeblich nicht zuletzt durch die Verluste des Sonntagsverkehrs verschärft. Mehr und mehr hat sich — wie die Straßenbahndirektion in der Presse verbreiten läßt — herausgestellt, daß die Zuschläge, die das Personal für den Sonntagsdienst erhält, jede Rentabilität der Straßenbahn selbst bei gutbesetzten Wagen unmöglich machen. Da die Straßenbahner sich bisher geweigert haben, auf diese bei einem Verkehrsunternehmen unbegründeten Zuschläge zu verzichten, so müsse die Stillegung des Straßenbahnverkehrs an den Sonn- und Feiertagen ins Auge gefaßt werden. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn wird sich am heutigen Freitag über diese Frage schlüssig werden.

Schon jetzt muß gesagt werden, daß es geradezu grotesk ist, auch nur im Traum daran zu denken, ein Verkehrsunternehmen wie die Straßenbahn an Sonn- und Feiertagen stillzulegen. Sowohl wirtschaftliche wie hygienische Gründe sprechen dagegen, und das so ernst, daß es schwer fällt, an die Ernsthaftigkeit dieses Drosselungsplanes zu glauben. Die Absicht dürfte auch nur die sein, das Lohnverhältnis der Straßenbahner zu verschlechtern und sich für einen eventuellen Konflikt eine wirksame Parole zu sichern. Es versteht sich von selbst, daß der Sonntagsverkehr, — falls er wirklich unrentabel sein sollte, was noch im einzelnen zu beweisen wäre — auf andere Weise rentabel gestaltet werden muß als auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die gegenwärtigen Löhne und Gehälter sind keineswegs zu hoch, sondern im Gegenteil viel zu niedrig.

Folgen des Rattenkrieges

Die Deputation für das Gesundheitswesen der Stadtgemeinde Berlin teilt mit: Vor einiger Zeit machte eine Notiz die Runde durch die Presse, in der gemeldet wurde, daß eine Frau ihren Ehemann durch Rattengift getötet habe. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um Rattengift handele, das von der letzten Rattenbekämpfung (November 1921) übrig geblieben sei.

Laut amtlicher Mitteilung des Polizeipräsidiums ist dies nicht der Fall, vielmehr hat die Frau sich am Tage vor dem Morde aus einer Drogerie das Gift besorgt. Ein Zusammenhang mit dem Rattenkampftag besteht somit nicht.

In den Zuschriften wird weiter die Frage aufgeworfen, was mit dem übrigbleibendem Gifte nach dem Rattenkampftage geschehe und ob Vorsichtsmaßnahmen gegen mißbräuchliche Benutzung getroffen wären. Daß ein absolut sicherer Schutz gegen mißbräuchliche Benutzung nicht geboten werden kann, ist natürlich. Die Besorgung von Rattengift stößt aber nicht auf so große Schwierigkeiten, daß sie nicht auch ohne einen Rattenkampftag in die Wege geleitet werden könnte. Die polizeiliche Bekanntmachung hat übrigens ausdrücklich auf das Einsammeln und Unschädlichmachen der nicht verbrauchten Rattengiftreste hingewiesen. Die Ausführung dieser und der anderen Maßnahmen ist in zahlreichen Stichproben durch Polizeibeamte kontrolliert worden und hat zu dem Ergebnis geführt, daß tatsächlich Schädigungen von Menschen bisher nicht bekannt geworden sind. Dagegen ist zugegeben, daß eine Anzahl von Hühnern ihr Leben lassen mußten, doch haben auch hier die Ermittelungen ergeben, daß fast durchweg fahrlässiges Handeln der Besitzer vorlag, die die gegebenen Vorschriften nicht beachtet haben.

Weshalb das Bettzeug so teuer ist

Jeder Mensch muß Bettwäsche haben und der Stolz jeder Hausfrau besteht darin, möglichst viel Bettzeug zu besitzen. Jetzt kostet ein Laken 115—150 M., vor dem Kriege — 2—3 M.!

Eine Erklärung für diese unsinnigen Preise finden wir in den Riesengewinnen der Textil- (Webwaren) Industrie. So verteilt die Bettzeug-Weberei Akt.-Ges. vormals Kolb u. Schüle in Kircheim-Teck (Württ.) 31½ Prozent Dividende. In dieselbe Kategorie gehören auch die Fabrikanten von Gardinen, Spitzen, Besätzen usw. Den Arbeitnehmern gegenüber machen sie allerdings keinen Gebrauch von ihren übervollen Kassen. Die Gewerkschaften werden sich dies zu merken haben. Seit Wochen führen die ausgemergelten Weber des Eulengebirges einen schweren Kampf um eine geringfügige Verbesserung ihrer trostlosen Lebenshaltung. Nichts kann die hartherzigen Millionäre erweichen, und noch heute sind sie so wie jener Fabrikant Dreßiger, den Gerhart Hauptmann in seinen „Webern“ so meisterhaft abkonterfeit hat.

Da kommt zur rechten Zeit der Beschluß des Leipziger Parteitags, der den Genossen und Genossinnen den Eintritt in die Konsumvereine ans Herz legt. Nur wenn sich die Käufer zusammenschließen und selbst fabrizieren, können sie sich vor den Textil-Hyänen schützen. Je gewaltiger die Zahl der Konsumvereinsmitglieder ist, um so größer der Bedarf und desto leistungsfähiger und billiger der Konsumverein.

Uebrigens sollte auch der Staat endlich mal nach dem Rechten sehen. Wäsche, Bettzeuge usw. sind Gegenstände des täglichen Bedarfs und unterliegen somit der Wucherkontrolle. Wir haben aber noch nie etwas davon gehört, daß man gegen den Bekleidungswucher mit der erforderlichen Strenge eingeschritten wäre. Den „Kalkulationen“ der Erzeuger (Fabrikanten) muß bis auf den Grund nachgegangen werden, weiß doch jeder Fachmann, daß ihre übertriebene Höhe drauf und dran ist, die wichtige Kultur der Wäsche-Hygiene zu vernichten. Neben dem Privatpublikum sind es die öffentlichen Krankenanstalten, die besonders hart unter dem Wäschemangel leiden. Ist die Regierung wirklich nicht fähig, das Volk ein wenig zu schützen?

Die Kinderhölle in Berlin

Wir erhalten folgenden Aufruf: Das Komitee „Kinderhölle“ (Wirtschafts-Hilfe für deutsche Kinder und Familien) hat in dem ersten Halbjahr seines Bestehens 300 Berliner Familien ausreichend mit Wäsche (Bett- und Leibwäsche) versehen, eine große Anzahl von Mittelstands-Existenzen aufgebaut oder neu gegründet, in den notwendigen Fällen Darlehn gegeben, durch die Produktionsmittel wieder hergestellt wurden. Das Komitee „Kinderhölle“ arbeitet Hand in Hand mit der Zentrale für private Fürsorge und den Jugend-Fürsorge-Aemtern. 20 Kinder wurden zunächst auf sechs Monate aufs Land in gute und geprüfte Stellen gesandt, und mit durchschnittlich 12 Pfund Gewichtszunahme kehrten die Kinder, die kostenlos aufgenommen wurden, wieder zurück. Drei von ihnen hatten ihre Pflegeeltern so lieb gewonnen, daß sie sie dauernd bei sich behalten wollen, während sämtliche andere Kinder für das nächste Jahr wieder von ihren Pflegeeltern eingeladen sind.

Der erste Vorsitzende des Komitees, Harry Graf Keßler, hat in einer Broschüre „Die Kinderhölle in Berlin“, die als Sonderheft der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ erschienen ist, das ungeheuerliche Elend geschildert, in dem Tausende und aber Tausende von Berliner Kindern vegetieren und dabei seelisch und körperlich zugrunde gehen. Ganz systematisch will das Komitee „Kinderhölle“ sein Teil dazu beitragen, diesem schrecklichen Elend zu steuern und bittet um Zuwendung von Spenden für diesen Zweck. Das Komitee hat keinerlei Organisatios-

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Greiblein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(32. Fortsetzung)

40

Eine Wohnung zu vermieten.

Nach einigen Schritten fesselte ein Wohnungsnachweisbureau Réals Aufmerksamkeit. Yvonne suchte ja ein Unterkommen. Vielleicht konnte er für sie eine Auskunft erreiten.

Wirklich wurde ihm ein Haus genannt. Er begab sich sofort dahin.

Ein bescheidenes, aber anständiges Haus. Er öffnete ein wenig die Tür zum Hauswart. Eine dicke, heiße Luft, vermischt mit allerlei Küchengerüchen, schlug ihm entgegen.

Eine unförmige Weibsperson erhob sich.

„Der Herr wünscht?“

„Hier ist eine Wohnung zu vermieten. Kann man sie besichtigen?“

Während er sprach, erhob ein kleiner gelber Köter ein wütendes Gekläff.

„Sei do chstill, Bijou,“ flehte die Portiersfrau erfolglos, „der Herr verzeihen, aber der Kleine ist wirklich schlecht erzogen.“

Trotz dem Gebell konnte Réal endlich verstehen, daß im fünften Stockwerk wirklich eine Wohnung frei sei.

„Kann man sie sehen?“

„Gewiß, mein Herr. Ich glaube wenigstens, daß der Herr jetzt nicht da ist. Ich war fünf Minuten lang fort, in der Zeit wird er wohl nicht zurückgekehrt sein. Wir wollen doch hinaufgehen. Einen Augenblick, ich will Bijou einschließen ... Hübsch brav sein, Frauchen kommt gleich wieder ... Wenn der Herr sich bemühen will ...“

Réal folgte der Frau. Gedeckt durch ihren ungeheuren Hinterteil, erklomm er in dem bleichen Gaslicht die Treppe.

Im ersten Stockwerk blieb die gute Frau atemlos stehen.

„Hier im Hause wohnen nur ruhige Parteien. Der Herr will hoffentlich nicht Klavierstunden erteilen?“

„Nein, nein, seien Sie unbesorgt.“

„Um es dem Herrn gleich zu sagen, der Verwalter duldet keinen Lärm. Und das ewige Kommen und Gehen auf den Treppen trägt nicht zur Reinlichkeit bei.“

Man kletterte langsam weiter. Réal empfand Gewissensbisse, eine Frau, die so wenig sportlich ausgebildet war, zu einer solchen Kletterpartie veranlaßt zu haben.

Er machte also im zweiten Stockwerk halt und erkundigte sich nach dem Mietspreise. Er fügte bei:

„Wer ist denn der jetzige Mieter?“

„O, ein tadelloser Herr ... Das heißt, er wohnt nicht hier, er kommt nur hin und wieder, manchmal jeden zweiten Tag, manchmal seltener ...“

„Ein Junggeselle?“

„O, mein Herr, das kümmert mich nicht ... Er tut, was er will ... da er doch niemand stört, so ist es doch ganz seine Sache ... Nicht wahr?“

„Hat er schon seit langer Zeit gemietet?“

„Seit fast einem Jahre ... Aber er sagt, es ist ihm zu weit und zu hoch für die Dame ... Eine vornehme Dame, da ist nicht dran zu tippen ... Wenn so eine käme mit gemaltem Gesicht, die ihre Beine zeigt, das könnte mir hier auf den Treppen gerade passen.“

Nach immer verlängerten Pausen kamen sie endlich ins letzte Stockwerk. Die Portiersfrau zündete keuchend eine Lampe an, die sie mitgeschleppt hatte, und stieß die Tür auf.

Der Korridor war finster. Die Einrichtung wies den Geschmack der Straßenmädchen auf, alles war nur für den Augenblick hergerichtet, an die Wand genagelte japanische Fächer sollten Familiennippes vortäuschen.

„Das Wohnzimmer!“ verkündete die Portiersfrau. „Und hier das Schlafzimmer!“

Réal trat ein. Ein zweifacher Schrei hielt ihn auf der Schwelle zurück.

Ein hoher Schrei:

„Ach, lieber Gott!“

Ein tiefer Schrei:

„Teufel noch mal!“

Worauf die Portiersfrau als Echo losjammerte:

„Um Gottes willen!“

Réal nahm in dem dunklen Zimmer undeutlich war, daß eine rundliche weibliche Erscheinung sich in einen Nebenraum flüchtete; er hörte, wie ein Schlüssel zweimal umgedreht wurde. Inzwischen zeigte sich ein Herr im geblümten Pyjama, der, die Fäuste in die Hüften gestemmt, brüllte:

„Wollen Sie wohl machen, daß Sie hinauskommen! Wer erlaubt Ihnen denn ...?“

Aber sein Geschrei brach plötzlich ab, und wie vom Donner gerührt stammelte er:

„Réal!“

Réal erkannte nun endlich Josef Coigny. Die Portiersfrau hatte bereits die Tür geschlossen und zog den Besucher fort.

„Jammer über Jammer! Ist denn so was möglich?“ wimmerte sie. „Kommen Sie schnell, mein Herr. Machen wir, daß wir fortkommen. Ich habe Herrn Coigny nicht zurückkommen gesehen und die Dame auch nicht. Sie müssen gekommen sein, während ich im Keller war. Sie haben mir kein Wort gesagt. Ich tue doch mein möglichstes, um es allen recht zu machen. Kommen Sie, mein Herr, Sie können die Wohnung ja ein andermal sehen. Was soll er nur denken, so ein guter Herr. Ach, ich bin ganz außer mir ...“

Angetrieben durch dieses Gekeife, gezerrt von der Portiersfrau, die ihren gewichtigen Leib erstaunlich schnell die fünf Stockwerke hinuntertrug, befand sich Réal bedeutend rascher unten, als er hinaufgeklettert war.

„Seien Sie unbesorgt, gute Frau, ich komme morgen wieder.“

Und er eilte davon, während Bijou, der aus der Hauswartloge herausläffte, ihm sein wütendes Gebell nachsandte.

„Josef Coigny, das ist stark“, lächelte Réal. „Er hat also eine Freundin, der Geheimniskrämer! Und ihr zu Ehren trägt er ein Pyjama, in das Rosen und Malven eingewebt sind! Eine etwas dicke Freundin, die gewiß Joso heißt. Das ist ja allerliebst, wie wird sich Melanie freuen, sie liebte ja solche kleine Scherze ...“

41

Die Unbekannte.

„Kommt meine Frau denn nicht zum Essen?“ fragte Réal.

„Die gnädige Frau ist vor einer Stunde zurückgekehrt ... Ich habe an ihre Tür geklopft ... Die Gnädige hat den Riegel vorgeschoben.“

„Den Riegel? Was fällt ihr denn ein?“

Er stand vom Tisch auf und pochte selbst an die Tür des Zimmers.

„Ich bin es. Oeffne doch. Was soll denn das?“

Die Ungeduld in seinem Ton verfehlte ihre Wirkung nicht. Er hörte, wie Stühle gerückt, Schränke geschlossen wurden, Schritte sich näherten. Frau Réal öffnete.

(Fortsetzung folgt.)

kosten, da sämtliche Arbeiten für das Komitee ehrenamtlich ausgeführt, und so alle eingehenden Summen dem guten Zweck zugeleitet werden.

Zur Annahme von Beiträgen haben sich sämtliche Berliner Bankiers und Banken sowie deren Depositenkassen bereiterklärt. Direkte Spenden werden auf Postscheckkonto Nr. 110 169 „Kinderhilfe", erbeten. Dem Vorstand gehören an: Harry Graf Keßler, Hugo Simon, Dr. Kuczynski und andere.

Die Erfassung des Wohnraumes

Die Rechtsgrundlagen der Beschlagnahme

Der Magistrat schreibt: Die gegenwärtige große Wohnungsnot ist, solange nicht wieder ausreichend gebaut wird, nur durch möglichst restlose Erfassung des vorhandenen Wohnraumes zu mildern. Die Wohnungsämter sind deshalb auch durch die Bekanntmachungen über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918, 22. Juni 1919, 11. Mai 1920 und 11. Juli 1921 ausdrücklich zu weitgehenden Maßnahmen ermächtigt. Als solche ist es z. B. anzusehen, wenn überzählige Räume in einer als übergroß anzusehenden Wohnung beansprucht werden. Das scheint dem Artikel 115 der Verfassung des Deutschen Reiches zu widersprechen. Dieser erklärt die Wohnung eines jeden Deutschen als dessen Freistätte und für unverletzlich. Dieser Artikel läßt aber Ausnahmen auf Grund von Gesetzen zu, und als solches muß die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel gelten, die im § 9 die Wohnungsämter ausdrücklich dazu berechtigt, „Eingriffe in die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums vorzunehmen, soweit sie zur Behebung oder Milderung der Wohnungsnot erforderlich sind".

Damit ist das Vorgehen der Wohnungsämter bei der Beschlagnahme von Wohnraum auf gesetzliche Grundlage gestellt. Als übergroß gelten in Berlin Wohnungen, bei denen die Zahl der Zimmer die Zahl der Bewohner um eins übersteigt, wobei je zwei Kinder unter 12 Jahren als ein Erwachsener gerechnet werden. Die bei der Beschlagnahme anzuwendenden Richtlinien lassen in besonderen Fällen die Bewilligung eines Arbeitszimmers zu. Als verfügungsberechtigt ist derjenige anzusprechen, der die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Räume hat. Das ist bei vermieteten Räumen stets der Inhaber des Mietsvertrages, nicht der Hausbesitzer. Mit dem ersteren sind also die Verhandlungen zu führen und ihm gegenüber ist die Beschlagnahme durch eine mittels Postzustellung übersandte, vom Leiter des örtlich zuständigen Wohnungsamtes gezeichnete Beschlagnahmeverfügung auszusprechen. Er nur hat das Recht binnen einer Woche die Beschwerde beim Mieteinigungsamt gegen die Beschlagnahme einzulegen; die Beschwerde ist an das Wohnungsamt, das die Beschlagnahmeverfügung erlassen hat, zu richten. Das Wohnungsamt hat dann das Recht, die Verfügung abzuändern oder aufzuheben; andernfalls muß es die Beschwerde unverzüglich dem zuständigen Mieteinigungsamt weiterreichen.

Das Wohnungsamt ist aber auch berechtigt, selbst bei eingelegter Beschwerde, zwangsweise seine Beschlagnahmeverfügung durchzusetzen, da die Beschwerde nur aufschiebende Wirkung hat, wenn sie „ohne Nachteile für das Gemeinwesen nicht ausgesetzt werden kann". Ein derartiger Nachteil wird aber bei der jetzt bestehenden Wohnungsnot stets eintreten. Von den Zwangsbefugnissen wird die Behörde an und für sich nur dann Gebrauch machen, wenn jeder Versuch einer gütlichen Einigung fehlgeschlagen ist. Es wird dann dem Betroffenen eine Frist gesetzt, innerhalb der er die in Anspruch genommenen Räume freizumachen hat und ihm die Möglichkeit, seine Möbel anderweitig unterzubringen, gegeben ist. Hat er die Zimmer bis dahin nicht geräumt, so wird er dazu nochmals unter Androhung von Zwang aufgefordert, und erst dann werden diese Zwangsmaßnahmen durchgeführt.

Es kann deswegen den Wohnungsämtern kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie nach oft langwierigen erfolglosen Verhandlungen ihre Verfügung zwangsweise durchsetzen. Die Aufgaben der Wohnungsämter sind technische und soziale und sollen keinen polizeilichen Charakter haben. Die Anwendung von Zwang ist für die Wohnungsämter selbst äußerst mißlich und sie würden gern auf dieses Mittel verzichten, wenn z. B. die verschiedenen Aufrufe zur Hergabe von Wohnräumen für Wohnungslose und Flüchtlinge Erfolg gehabt hätten. Die Wohnungsnot völlig zu beheben, dazu reichen die Handhaben der Wohnungsämter nicht aus; das kann nur eine im großen Umfange einsetzende Siedlungs- und Neubautätigkeit. Die Wohnungsämter sind redlich bemüht, das Erreichbare zu leisten. Werden sie hierbei von der Oeffentlichkeit verständnisvoll unterstützt, dann können sie den ihnen übertragenen Aufgaben auch gerecht werden.

*

Diese Ausführungen des Magistrats wurden wiedergegeben, um die rechtlichen Grundlagen der Wohnungsbeschlagnahme wieder einmal zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Es sei aber bemerkt, daß die Bestimmungen derartig dehnbar und auslegungsfähig sind, daß die praktische Wirkung der Wohnraumerfassung durch Beschlagnahme im Verhältnis zur Wohnungsnot gleich Null ist.

Das Urteil gegen die polnischen Mörder

15 Jahre Zuchthaus.

Die Verhandlung gegen die drei Polen Przybylski, Dolinka und Billas wegen Mordes an dem Mühlenbesitzer Stöberl in Senzig bei Königswusterhausen wurde gestern erst in später Stunde beendigt, da die Formulierung der 44 Schuldfragen neben der Beendigung der Beweisaufnahme fast den ganzen Tag in Anspruch nahm. Während der Staatsanwalt Bejahung der Schuldfragen nach Mord und Raub mit Todeserfolg beantragte, plädierten die Rechtsanwälte Dr. Riese, Hoffmann und Dr. Frey auf Totschlag bzw. Beihilfe zum Raub. Die Geschworenen bejahten ihrem Antrag entsprechend nur die Frage nach Totschlag und Raub. Das Gericht verurteilte demgemäß die drei Angeklagten zu je 15 Jahren Zuchthaus.

Eine städtische Entlausungsanstalt wird in der städtischen Badeanstalt Wallstraße 50-54 eingerichtet. Der Magistrat Berlin hat die Mittel dafür schon bewilligt. Eine Desinfektionsanstalt der Stadt besteht bekanntlich schon lange in der Grünauer Str. 23-24 und Reichenberger Str. 66, eine zweite wurde dann im Kriege mit Entlausungsapparaten usw. (Kaloriedöfen) in der Fröbelstr. 15 errichtet.

Klante kommt in eine Heilanstalt. Der berüchtigte Wettkonzerninhaber Max Klante wird demnächst das Untersuchungsgefängnis verlassen und wegen seines Gesundheitszustandes in eine Heilanstalt von Gerichts wegen überführt werden. Nach den ärztlichen Gutachten leidet Klante an fortschreitender Tuberkulose, die eine solche Maßnahme erforderlich macht. Seine Anträge dagegen, aus der Haft entlassen zu werden, um selbst ein Sanatorium aufsuchen zu können, wurden abgelehnt.

Kein Selbstmord liegt, wie wir kürzlich berichteten, im Falle des in einem Hotel in der Kurfürstenstraße bewußtlos aufgefundenen Paares vor. Es handelt sich vielmehr um einen Unfall durch Kohlenoxydgas-Vergiftung. Der Mann ist tot, das Mädchen schwer krank in der Klinik. Die Staatsanwaltschaft wird sich mit der weiteren Aufklärung beschäftigen.

Ein städtischer Kredit für höhere Schulen. 50 000 M. hat der Magistrat Berlin bewilligt für die Ergänzung der Lehrmittel für den Physik- und Chemieunterricht in den höheren Lehranstalten Alt-Berlins.

Vermißtes Mädchen. Seit dem 10. Januar 1922 ist die am 26. März 1906 geborene Ella Nawrath aus der Ebertystraße 28 verschwunden. Bekleidet war sie mit einem schwarzen Mantel, schwarzen Schuhen und Strümpfen, blauer Kappe sowie grünkariertem Kleid. **Die Polizeireviere sowie die Eltern nehmen zweckdienliche Mitteilungen entgegen.**

Die Lage der Gewerkschaften in Ungarn

Im Dezember vorigen Jahres tagte in Budapest ein außerordentlicher Kongreß der ungarischen Gewerkschaften. Die auf diesem Kongreß angenommenen Resolutionen zeigen, wie wenig die ungarische Regierung bisher getan hat, den ungarischen Arbeitern ihre elementaren Rechte und Freiheiten zurückzugeben. Die Resolutionen sind ein vortrefflicher Kommentar der schönfärberischen Verteidigung der ungarischen Regierung, die der Minister des Aeußern gegenüber dem internationalen Arbeitsamt angewandt hat.

Zur wirtschaftlichen Lage stellt der Kongreß fest, daß als Ursache der fortwährend steigenden Teuerung und des Elends einerseits die von der Regierung in den letzten zwei Jahren betriebene einseitige Agrarpolitik, andererseits die Wirtschaftspolitik und die Zollpolitik des Landes anzusehen ist, die den Wiederaufbau der Industrie verhindern. Während die Behörden das friedliche Zusammenarbeiten mit der Arbeiterschaft ankündigen, zwingen die Arbeitgeber mit Wissen der Behörden den Arbeitern in der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihren Standpunkt auf.

Der Kongreß fordert deshalb:

1. **daß die Regierung den Preis der wichtigsten Lebensmittel herabsetze;**
2. **das Verbot der Ausfuhr und die Bewilligung der freien Einfuhr dieser Lebensmittel;**
3. **daß Angestellte mit weniger als 15 000 Kronen Monatsgehalt in die Liste der Minderbemittelten aufgenommen werden.**

Zum Koalitions- und Streikrecht stellt der Kongreß fest, daß die im letzten Jahre von der Regierung erlassenen Verordnungen sowie die Praxis der provinzialen Verwaltungsbehörden das freie Wirken der Gewerkschaften hindern. **Weiter wird festgestellt, daß der Bericht, den der ungarische Minister des Aeußern dem internationalen Arbeitsamt gemacht hat, nicht der Wahrheit entspricht,** weil die das Vereinsrecht beschränkenden Verordnungen noch in Geltung sind und daß die Behörden noch über diese Verordnungen hinaus dem Organisations- und Streikrecht eigenmächtig Abbruch tun. Arbeiter, die an Lohnbewegungen teilgenommen haben, sind unter Anklage gestellt und interniert worden.

Deshalb fordert der Kongreß im Interesse der Arbeiter und der inneren Ordnung:

1. **die Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Streikrechtes der Arbeiterklasse auf Grund der allgemeinen Menschenrechte und der Rechtsgleichheit. Die aufgelösten oder gewaltsam aufgehobenen Arbeitervereine sollen wieder freigegeben und die rechtswidrig beschlagnahmten Vermögen sollen zurückgegeben werden;**
2. **das offizielle Verbot der sogenannten schwarzen Listen der Arbeitgeber, durch die die um mehr Brot kämpfende Arbeiterschaft zur Auswanderung gezwungen wird;**
3. **daß die polizeiliche Aufsicht, der Meldezwang, das System der Internierung und politischen Verfolgungen aufgehoben werden. Ebenso muß auch die Zensur abgeschafft werden;**
4. **die Regierung soll ermöglichen, daß die Gewerkschaftszentralen im Lande Ortsgruppen gründen und kontrollieren können;**
5. **die Aufhebung der Beschlagnahme der Vereinslokale und ihre Zurückgabe;**
6. **die Regierung soll die Verordnung Nr. 6407/1920 aufheben, die die Bergarbeiter unter militärische Aufsicht stellt und dadurch die Freizügigkeit, das Versammlungs- und Streikrecht ohne jeden Grund hindert.**

In seiner Entschließung über das Verhältnis zur Internationale betont der Kongreß der ungarischen Gewerkschaften, daß dem Internationalen Gewerkschaftsbund für sein von proletarischer Solidarität getragenes Verhalten Dank gebühre. Der Kongreß bestätigt die auch von den ungarischen Delegierten angenommenen Beschlüsse des Londoner Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes und beauftragt den Gewerkschaftsrat, seine volle Kraft an die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu wenden, sobald er seine Bewegungsfreiheit zurückgewonnen hat.

*

Der Kongreß des ungarischen Holzarbeiter-Verbandes, der im August v. J. in Budapest abgehalten wurde, hat den Sekretär der Internationale der Holzarbeiter, C. Woudenberg, nach Ungarn geführt. Er hat seine Wahrnehmungen über die gegenwärtige Lage der ungarischen Gewerkschaftsbewegung im Organ des holländischen Gewerkschaftsbundes „De Strijd" („Der Kampf") und in einem Artikel der Monatszeitschrift der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands „De socialistische Gids" („Der sozialistische Führer") niedergelegt, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Während der Kongreßverhandlungen selbst war nicht nur am Eingang ein Polizist postiert, sondern neben dem Vorstandstisch saß auch ein Polizeioffizier, der alles schriftliche Kongreßmaterial vor sich liegen hatte, so daß er in der Lage war, den Beratungen mit aller Fachkenntnis zu folgen.

Dieser Mann war der typische stramme Vertreter des Horthy-Regimes. Nur in seiner Anwesenheit können Versammlungen abgehalten werden. Sollte er zufällig vergessen, zu kommen, oder sich entfernen, dann würde der Kongreß automatisch aufhören, Kongreß zu sein, denn ohne seine Gegenwart wären die Beratungen im Widerspruch mit dem Gesetz und sonach strafbar. Wenn er um 12 Uhr erklärt, daß es Zeit sei, eine Pause eintreten zu lassen, so muß der Vorsitzende die Sitzung schließen, auch wenn ein Redner inmitten seiner Ausführungen ist.

Wie es mit dem Koalitionsrecht in der Praxis aussieht, läßt sich darnach beurteilen, daß für die Abhaltung einer Mitgliederversammlung, von Werkstättenbesprechungen und selbst von Vorstandssitzungen, erst die Bewilligung der Behörden eingeholt werden muß. Eine Aktion der Gewerkschaften ist infolge der Schwierigkeiten überhaupt nicht möglich. Mit den Gewerkschaftsverbänden in der Provinz ist der Verkehr auf rein administrative Angelegenheiten beschränkt. Jede bürgerliche oder militärische Autorität ist immer noch berechtigt, Hausdurchsuchungen in Gewerkschaftslokalen vorzunehmen und die Vorlegung der Kassabücher und Korrespondenzen zu verlangen. Auch die Presse und der Briefverkehr stehen noch unter der Gewalt des Zensors. Bei Streiks, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen werden, laufen die Streikleiter stets Gefahr, ins Gefängnis geworfen zu werden, unter dem Vorwand, daß mit dem Streik politische Zwecke verfolgt werden.

Dagegen erfreut sich die christliche Gewerkschaftsbewegung seitens der Horthy-Regierung eines um so größeren Schutzes. Das ist begreiflich, da „sie nichts anderes ist wie ein Anhängsel der antisozialistischen und antisemitisch-reaktionären christlichen Partei, die gegenwärtig in Ungarn das Heft in Händen hat." Das Eisenbahnpersonal sowie die Angestellten der öffentlichen Betriebe sind gezwungen, der christlichen Organisation beizutreten, wenn sie nicht entlassen werden wollen. Es ist vorgekommen, daß Gebäude und Einrichtungen der organisierten Arbeiter von Horthy-Soldaten besetzt und dann von den christlichen Organisationen in Besitz genommen wurden. Dies war zum Beispiel der Fall mit dem Verwaltungsgebäude und den Sanatorien der Arbeiter-Krankenkasse, einer von der Arbeiterschaft errichteten großangelegten Organisation mit ausgezeichneten Einrichtungen.

Trotz alledem macht die christliche Organisation keine großen Fortschritte. Sie behauptete allerdings anfänglich, einen Mitgliederbestand von 270 000 zu besitzen. Kürzlich mußte sie indes zugeben, daß ihre Mitgliederzahl auf 116 000 gesunken ist. **Dagegen erklärt das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, „Die Gewerkschaft",** daß die christliche Organisation in Ungarn nach den Beiträgen von 1920 in Wirklichkeit nicht mehr als höchstens 35 000 zahlende Mitglieder aufweist. Die klassenbewußten Arbeiter Ungarns bleiben allen Verfolgungen zum Trotz ihrer Organisation treu.

Bevorstehender Streik im Schuhmachergewerbe

Seit dem 1. November 1921 betrug der Tarifstundenlohn im Berliner Schuhmachergewerbe 6,25 M., bzw. 7 M. für männliche und 4,75 M. bezw. 5,50 M. für weibliche Arbeiter. Dazu kam ab 5. Dezember 1921 ein Zuschlag von 20 Prozent. Im Monat Dezember wurde dieses Lohnabkommen gekündigt und die Forderung gestellt, den Tariflohn für männliche Arbeiter auf 12 M. bezw. 11,25 M., für weibliche Arbeiter auf 10,50 M. bezw. 9,75 M. pro Stunde festzusetzen.

Diese Forderung wurde von den Unternehmern nicht nur abgelehnt, sondern der Arbeiterschaft ein Lohnabbau in Aussicht gestellt. Hierauf wurde der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen, der folgenden Schiedsspruch fällte:

„Die Löhne werden ab 1. Januar 1922 wie folgt festgesetzt: Mindestlohn für männliche Arbeiter in mechanischen Betrieben 10,50 M., für weibliche Arbeiter 8,25 M. In anderen Betrieben für männliche Arbeiter 9,50 M., für weibliche Arbeiter 7,50 M.

Die im Paragraph 4 des Vertrages vom 9. Mai 1921 festgesetzte Teuerungszulage wird auf insgesamt 166 Prozent für Neuarbeit und auf 156 Prozent für Reparaturen erhöht. In der getroffenen Festsetzung sind die Dezemberzulagen unverkürzt enthalten. Dieser Lohntarif gilt bis zum 28. Februar 1922 und verlängert sich jedesmal um einen Monat, falls er nicht am Ersten zum Letzten des Monats, erstmalig am 1. Februar zum 28. Februar 1922 gekündigt wird.

Obwohl dieser Schiedsspruch die Arbeiterschaft nicht befriedigt, **nahm sie den Spruch an.** Die Unternehmer lehnten ihn jedoch ab. Vom Zentralverband der Schuhmacher wurde der Demobilmachungskommissar angerufen, um die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs erklären zu lassen.

In einer am **Mittwoch**, den 18. Januar, stattgefundenen, äußerst gutbesuchten Branchenversammlung nahmen die Arbeitnehmer zu der Situation Stellung. **Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, am Montag, dem 23. Januar, in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer sich bis dahin nicht für Annahme des Schiedsspruchs erklärt haben.**

Riesige Aussperrung in der Holzindustrie

Aus Stuttgart wird gemeldet, daß die Verhandlungen in der Holzindustrie über eine von den Arbeitern geforderte 50proz. Lohnerhöhung endgültig gescheitert sind. Die Arbeitgeberverbände Württembergs und Badens haben hiermit wegen eines ausgebrochenen Teilstreiks die Aussperrung über sämtliche Betriebe verhängt.

U. S. P. D.-Mitglieder der Buchbinder und Papierverarbeiter. — Am Freitag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Baum, Stallschreiberstraße 47, eine wichtige Sitzung statt. Jedes einzelne U. S. P. D.-Mitglied muß unbedingt in dieser Versammlung erscheinen! Kein U. S. P. D.-Kollege bezw. -Kollegin darf fehlen! Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Der Fraktionsvorstand.

Bei der Firma Dapag, Staaken, traten am Montag, 16. Januar 1922 die Werkzeugmacher und Einrichter in den Streik, weil einer gestellten Forderung, den Stundenlohn um 2,50 M. zu erhöhen, von der Firma nicht Rechnung getragen wurde. Darauf erfolgte am 17. 1. 1922 die Aussperrung der gesamten Belegschaft.

Am 18. 1. 1922 wurde der Demobilmachungskommissar durch den Organisationsvertreter von der Aussperrung benachrichtigt. Als der Demobilmachungskommissar die Direktion sofort um Verhandlungen ersuchte, behauptete der sozialdenkende Herr Direktor Tenzfeldt, die Arbeiter haben Sabotage verübt.

In der sofort einberufenen Betriebsversammlung wurde von den Versammelten festgestellt, daß dies eine glatte Unwahrheit ist. Sämtliche Werkzeugmacher und Einrichter haben bei Verlassen des Betriebes die Werkzeuge und Maschinen eingeölt. Ebenso erklärten sämtliche Arbeiterinnen, daß sie, obwohl am Montag nicht mehr die Streikenden im Betrieb waren, sie noch bis Dienstag ordnungsmäßig arbeiten konnten.

Die Leipziger Straßenbahnen sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, findet eine Geschäftsleitungssitzung statt. Erscheinen dringend notwendig.

Die Geschäftsleitung.

*

Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats-, sowie Bezirksamtsmitglieder!

Am Freitag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungssaal, eine Zusammenkunft sämtlicher Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder statt. Die Tagesordnung lautet: „Das werdende Groß-Berlin". Referent: Bürgermeister Carl Leid.

Wir ersuchen die Distriktsleiter, auf diesen Tag Rücksicht zu nehmen und keine Versammlungen einzuberufen, damit den Beteiligten die Teilnahme an dieser Sitzung ermöglicht wird. —

Die Geschäftsleitung.

Sonnabend, 21. Januar

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf usw.). Die Agitations- und Landagitations-Ausschußsitzung mit Bezirksführern findet abends 7½ Uhr bei Pieper, Mariendorf, Bergstr. 56, statt.

Charlottenburg. Der Diskussionsabend findet nicht statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Vereinskalender

Lichtbild- und Filmvortrag des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Sonntag, 22. Januar, in der Stadthalle, Berlin C 2, Klosterstr. 47/50. Programm: 1. Teil: Lehrausflüge bei der Arbeit. Häftling am Netz. [illegible] u. a. 2. Teil: Naturaufnahmen (Frühling, Sommer, Herbst, Winter). 3. Teil: Bilder aus der Arbeiterbewegung. Die hochinteressanten Vorführungen werden durch Vortrag erläutert. Es wirkt ferner mit der Männerchor „Olympia", Mitglied des D. A. S. B. Einlaß 3 Uhr. Beginn 3½ Uhr. Karten im Vorverkauf: Gewerkschaftskommission, Engelufer 24-25, Zimmer 13. Jugendsekretariat des Transportarbeiter-Verbandes, ebenda, Zimmer 23. Metallarbeiter-Verband, Berlin C 54, Linienstr. 83-85.

Freitag, 20. Januar

Soz. Proletar.-Jugend Neukölln-Britz. Abends 7½ Uhr Vortrag: „Die Geschichte der U. S. P. D." im Heim, Schierkestr. 44.

Sonnabend, 21. Januar

Freie Lehrergewerkschaft. 7 Uhr Arbeitssitzung im Rathaus, Zimmer 109. Vortrag des Staatssekretärs a. D. Dr. August Müller über „Auflösung oder Umgestaltung des modernen Staates." Gäste willkommen.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreis.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Kleibich [illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, [illegible] Straße 5-6

Durch die schlechten Wirtschaftsverhältnisse

sind die Altmetallpreise dem Goldwert gleich und erhalten Sie für Altkupfer, Messing, Zinn und Zinngeschirre, Blei und Zink unglaublich hohe Preise in der

Altmetallbörse des Nordens nur Bernauer Straße 11